



NIEDERSCHRIFT

Sitzung:	Stadtrat IV/29
Sitzungstag:	Dienstag, den 03.03.2020
Sitzungsort:	Alte Drahtzieherei, Wupperstraße 8
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	21:16 Uhr

TAGESORDNUNG

1. Öffentliche Sitzung

- 1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 1.1.1. Verabschiedung des Ratsherrn Kai Ebert - Vorlage: M/2020/587
- 1.1.2. Einführung und Verpflichtung des Ratsherrn Bernd Sax - Vorlage: M/2020/589
- 1.1.3. Anerkennung der Tagesordnung
- 1.1.4. Einwohnerfragestunde
- 1.1.5. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse - Vorlage: M/2020/591

1.2. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW -entfällt-

1.3. Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW

- 1.3.1. Ausnahme von der Veränderungssperre für den Bebauungsplan Nr. 112 Innenstadt für das Wohn- und Geschäftshaus Untere Straße 20
Vorlage: V/2020/177

1.4. Beschlüsse

- 1.4.1. Wahlen zu den Ausschüssen, Nachbesetzung im Ältestenrat und Lenkungskreis Bauhof und RGM - Vorlage: V/2020/218
- 1.4.2. Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten in Organen, Beiräten und Ausschüssen juristischer Personen oder Personengesellschaften gemäß § 113 GO NRW
Vorlage: V/2020/220
- 1.4.3. Grundsatzbeschluss zur Prüfung und Priorisierung der Verwendung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienzmaßnahmen für öffentliche Liegenschaften durch das Regionale Gebäudemanagement - Vorlage: V/2020/224
- 1.4.4. Ausnahmen von der Veränderungssperre für den Bebauungsplan Nr. 112 Innenstadt - Vorlage: V/2020/223/1

1.4.5. Verkaufsoffene Sonntage 2020 - Vorlage: V/2020/227

1.5. Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen

1.5.1. Allgemeine Vertretung des Bürgermeisters im Amt - verschoben nach TOP 2.5.1

1.5.2. Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungsteuer in der Hansestadt Wipperfürth - Vorlage: V/2020/185

1.5.3. XVIII. Änderungssatzung der Gebührensatzung für die Friedhöfe der Hansestadt Wipperfürth - Vorlage: V/2019/150/1

1.5.4. XIII. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Wipperfürth - V/2020/208/1

1.5.5. Konzeptionellen Projektleitung Gemeindeentwicklungsstrategie (GES/ISEK) - Entfristung - Vorlage: V/2020/203

1.5.6. Hebesatzsatzung 2020 - Vorlage: V/2020/210

1.5.7. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2020 mit Haushaltsplan und Anlagen - Vorlage: V/2020/216/1

1.6. Anfragen

1.6.1. Anfrage der CDU-Ratsfraktion bezüglich Tempo 30 vor sozialen Einrichtungen
Vorlage: F/2020/241

1.7. Anträge

1.7.1. Antrag der CDU-Fraktion vom 05.02.2020 - Keine Änderung der Düngenvorschriften zu Lasten des Oberbergischen Kulturlandschaftsprogramms - Vorlage: A/2020/213

1.7.2. Antrag der SPD-Fraktion vom 10.02.2020 - Resolution "Finanzierung der Integration und Aufwendungen für Flüchtlinge" - Vorlage: A/2020/212

1.8. Mitteilungen

1.8.1. Nebentätigkeiten des Bürgermeisters im Jahre 2019 - Vorlage: M/2020/571

1.8.2. Controlling-Bericht zum 31.12.2019 - Vorlage: M/2020/592

1.8.3. Ausnahmen von der Veränderungssperre für den Bebauungsplan Nr. 112 Innenstadt in Bezug auf Werbeanlagen - Vorlage: M/2020/590

1.8.4. Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer Köln zum Haushalt 2020
Vorlage: M/2020/593

1.8.5. Sachstand Kolpinghaus (mündlicher Bericht)

1.8.6. Coronavirus - Vorsichtsmaßnahmen (mündlicher Bericht)

1.8.7. Fairtrade Town (mündlicher Bericht)

- 2. Nichtöffentliche Sitzung**
- 2.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2.2. Anerkennung der Tagesordnung**
- 2.3. Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW
-entfällt-**
- 2.4. Beschlüsse**
- 2.5. Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen**
- 2.5.1. Allgemeine Vertretung des Bürgermeisters im Amt - Vorlage: V/2019/154/1
- 2.6. Anfragen -keine-**
- 2.7. Anträge -keine-**
- 2.8. Mitteilungen**
- 2.8.1. Personalsituation im RPA - Vorlage: M/2020/586

Verwaltungsvertreter/in

Hammer, Stephan Theo	intern
Kamphuis, Leslie	intern
Klewinghaus, Dieter	intern
Kremer, Dirk	intern
Willms, Herbert	intern

Schritfführer/in

Leonhardt, Alexandra	intern
----------------------	--------

Es fehlten:**Ratsmitglieder**

Berster, Heribert	CDU
Caspers, Dagmar	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Klett, Stefan	CDU
Metzger, Andreas	SPD
Schröder, Bärbel	SPD

1 Öffentliche Sitzung

1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister **von Rekowski** stellt fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Rat beschlussfähig ist.

1.1.1 Verabschiedung des Rats Herrn Kai Ebert

An dieser Stelle verabschiedet Bürgermeister **von Rekowski** Rats Herrn **Ebert** und dankt ihm für die Zusammenarbeit in den letzten Jahren.

Auch die Fraktionen sprechen Herrn **Ebert** ihren Dank aus.

1.1.2 Einführung und Verpflichtung des Rats Herrn Bernd Sax

Bürgermeister **von Rekowski** führt den neuen Rats Herrn **Bernd Sax** in sein Amt ein und verpflichtet ihn in feierlicher Form.

Über die Einführung und Verpflichtung wurde eine gesonderte Niederschrift aufgenommen, die der Originalausfertigung dieser Niederschrift beigelegt ist.

1.1.3 Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in der Fassung des 1. Nachtrags unter Berücksichtigung folgender Erweiterung der Tagesordnung anerkannt:

TOP 1.8.6 Coronavirus – Vorsichtsmaßnahmen (mündlicher Bericht)

TOP 1.8.7 Fairtrade Town (mündlicher Bericht)

Rats Herr **Koppelberg** beantragt die Verschiebung des TOP 1.5.1 „Allgemeine Vertretung des Bürgermeisters im Amt“ in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung. Dies wird nach Abstimmung mehrheitlich befürwortet.

1.1.4 Einwohnerfragestunde

Aus der Zuhörerschaft werden keine Fragen gestellt. Auch schriftliche Fragen waren vor der Sitzung nicht eingereicht worden.

1.1.5 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

Zur Ratssitzung 16.12.2014/TOP 1.5.7

Rats Herr **Brachmann** bittet um Mitteilung, warum die jeweils aktuellen Sachstände nicht der Politik zur Verfügung gestellt werden.

Beigeordneter Herr **Kremer** berichtet, dass die Verwaltung natürlich die Verkaufsoptionen prüft, auch mehrere Interessenten habe es in der Zwischenzeit gegeben. Zu einem Abschluss haben die Gespräche allerdings nie geführt. Sollten sich positive Ergebnisse abzeichnen, wird der Fachausschuss natürlich informiert.

Weiterhin wurde der als schriftliche Mitteilung vorliegende Bericht über die Durchführung der Beschlüsse ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

1.2 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW

1.3 Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW

1.3.1 Ausnahme von der Veränderungssperre für den Bebauungsplan Nr. 112 Innenstadt für das Wohn- und Geschäftshaus Untere Straße 20

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Dringliche Entscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW vom 14.01.2020, wird gemäß Abs. 1 Satz 3 genehmigt:

„Die Ausnahme von der Veränderungssperre für den Bebauungsplan Nr 112 Innenstadt wird für das beschriebene Vorhaben am Gebäude Untere Straße 20 zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.4 Beschlüsse

1.4.1 Wahlen zu den Ausschüssen, Nachbesetzung im Ältestenrat und Lenkungskreis Bauhof und RGM

Beschluss:

1. Zum Nachfolger von Herrn Kai Ebert als stimmberechtigter persönlicher Stellvertreter des Beisitzers Michael Stefer wird Ratsherr Bernd Sax in den **Wahlau schuss** gewählt.
2. Zum Nachfolger des aus dem **Haupt- und Finanzausschuss** ausgeschiedenen Ratsherrn Kai Ebert wird Ratsherr Hartmut Hirsch gewählt.
3. Zum Nachfolger von Herrn Kai Ebert wird der sachkundige Bürger Sascha Blank in den **Bauausschuss** gewählt. Zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses wird Ratsherr Horst Finthammer benannt.
4. Zum Nachfolger des aus dem **Ausschuss für Schule und Soziales** ausgeschiedenen Ratsherrn Kai Ebert wird Ratsherr Bernd Sax gewählt.
5. Zum Nachfolger von Herrn Kai Ebert als persönlicher Vertreter des sachkundigen Bürgers Jörg Heckersbruch wird Ullrich Flosbach im **Jugendhilfeausschuss** gewählt.

6. In den **Arbeitskreis InHK**, **Lenkungskreis Bauhof** sowie **Lenkungskreis RGM** wird als neuer Vorsitzender des Bauausschusses Herr Horst Finthammer als Nachfolger von Herrn Kai Ebert gewählt.

7. Ratsmitglied Bernd Schnippering wird als neuer stellv. Fraktionsvorsitzender der CDU - Fraktion den Sitz von Herrn Kai Ebert im **Ältestenrat** übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.4.2 Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten in Organen, Beiräten und Ausschüssen juristischer Personen oder Personengesellschaften gemäß § 113 GO NRW

Als Nachfolger für den zum 29.02.2020 durch Verzichtserklärung ausgeschiedenen Ratsmann Kai Ebert wird für die restliche Dauer der Wahlzeit gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW zur Wahrnehmung der städtischen Mitgliedschaftsrechte bestellt:

1. Ratsmann Bernd Schnippering in die Gesellschafterversammlung der WEG GmbH.
2. Herr Bernd Schnippering als persönliche Vertretung von Friedhelm Scherkenbach im Aufsichtsrat der WEG GmbH

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.4.3 Grundsatzbeschluss zur Prüfung und Priorisierung der Verwendung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienzmaßnahmen für öffentliche Liegenschaften durch das Regionale Gebäudemanagement

Beschluss:

Die Hansestadt Wipperfürth erkennt ihre Verantwortung im kommunalen Klimaschutz und ihren Handlungsspielraum bei der Reduktion kommunaler klimarelevante Emissionen an.

Die Hansestadt Wipperfürth bekennt sich zu ihrer öffentlichen Vorbildfunktion bei der Steigerung der Energieeffizienz und dem Einsatz von erneuerbaren Energien und nutzt ihren Handlungsspielraum bei den eigenen öffentlichen Liegenschaften.

Sie verpflichtet entsprechend das Regionale Gebäudemanagement dazu, in Absprache mit der Klimaschutzmanagerin und externen Energieexperten, für die öffentlichen Liegenschaften bei anstehenden Sanierungen, Heizungserneuerungen etc. die Effizienzpotenziale auszuschöpfen, die Energiebedarfe zu senken und die Verwendung erneuerbarer Energien zur Strom- und Wärmeerzeugung zu priorisieren.

Das Regionale Gebäudemanagement ist dabei den Kriterien der Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit verpflichtet.

Auf diese Weise verleiht die Hansestadt Wipperfürth ihrem Bekenntnis zum Klimaschutzkonzept, den darin enthaltenen Maßnahmen und ihrer gelebten Vorbildfunktion Glaubwürdigkeit.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt bei 9 Ja-Stimmen

Beschluss:

Die Hansestadt Wipperfürth erkennt ihre Verantwortung im kommunalen Klimaschutz und ihren Handlungsspielraum bei der Reduktion kommunaler klimarelevante Emissionen an.

Die Hansestadt Wipperfürth bekennt sich zu ihrer öffentlichen Vorbildfunktion bei der Steigerung der Energieeffizienz und dem Einsatz von erneuerbaren Energien und nutzt ihren Handlungsspielraum bei den eigenen öffentlichen Liegenschaften.

Sie hält entsprechend das Regionale Gebäudemanagement dazu an, in Absprache mit der Klimaschutzmanagerin und externen Energieexperten, für die öffentlichen Liegenschaften bei anstehenden Sanierungen, Heizungserneuerungen etc. die Effizienzpotenziale auszuschöpfen, die Energiebedarfe zu senken und die Verwendung erneuerbarer Energien zur Strom- und Wärmeerzeugung zu priorisieren.

Das Regionale Gebäudemanagement ist dabei den Kriterien der Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit verpflichtet.

Auf diese Weise verleiht die Hansestadt Wipperfürth ihrem Bekenntnis zum Klimaschutzkonzept, den darin enthaltenen Maßnahmen und ihrer gelebten Vorbildfunktion Glaubwürdigkeit.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zunächst erläutert die Klimaschutzmanagerin Frau Schnepfer die Beschlussvorlage.

Ratsherr **Mederlet** äußert, dass auch zukünftig entsprechendes Handeln erwartet wird. Nur den Beschluss zu fassen führe hier nicht zum Ziel.

Ratsherr **Brachmann** regt an, durch die Änderung des Satzes 3 eine Verpflichtung diesbezüglich auszusprechen. Es solle heißen „Sie verpflichtet.....“ statt „Sie hält... an“.

Ratsherr **Scherkenbach** erklärt, an dem bestehenden Beschlussvorschlag festzuhalten, da mit einer Verpflichtung der Entscheidungsspielraum eingeschränkt wird.

Ratsherr **Wurth** zieht die Verpflichtung vor, da der Beschlussvorschlag ansonsten sehr unverbindlich sei.

Bürgermeister **von Rekowski** schlägt vor, den Beschluss zu vertagen und die Diskussion im entsprechenden Fachausschuss weiterzuführen, was nicht auf Zustimmung trifft, da es sich um einen Grundsatzbeschluss handelt.

Somit stellt Bürgermeister **von Rekowski** den weiterführenden **Beschlussvorschlag** mit Verpflichtung von Ratsherrn **Brachmann** zur Abstimmung.

1.4.4 Ausnahmen von der Veränderungssperre für den Bebauungsplan Nr. 112 Innenstadt

Beschluss:

1. Der Ausnahme von der Veränderungssperre für den Bebauungsplan Nr. 112 Innenstadt wird für das beschriebene Vorhaben für das Grundstück Am Unteren Schützengraben 5 zugestimmt.

2. Der Ausnahme von der Veränderungssperre für den Bebauungsplan Nr. 112 Innenstadt wird für das beschriebene Vorhaben für das Grundstück - Marktplatz 8- zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.4.5 Verkaufsoffene Sonntage 2020

Beschluss:

Der Stadtrat erlässt die Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen am 17. Mai 2020 und 20. September 2020.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ratsherr **Koppelberg** bittet um Information, ob die WEGmbH als Antragstellerin auch die Organisation jeweiligen Veranstaltung übernimmt und erkundigt sich nach der Finanzierung.

Beigeordneter Herr **Kremer** teilt mit, dass die Organisation, wie bei den letzten Veranstaltungen auch, durch die WEGmbH übernommen wird. Zukünftig hofft man auf die Übernahme der Tätigkeiten durch die WippWerker. Da es sich bei den Veranstaltungen um die Wirtschaftsmesse und das Stadtfest handelt, gibt es keine Kostensteigerungen, da diese Veranstaltungen wie bisher durch die WEGmbH begleitet werden.

1.5 Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen

1.5.1 Allgemeine Vertretung des Bürgermeisters im Amt

Bei Anerkennung der Tagesordnung in den nichtöffentlichen Teil verschoben.

1.5.2 Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungsteuer in der Hansestadt Wipperfürth

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Wipperfürth beschließt die in der Anlage beigefügte Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungsteuer in der Hansestadt Wipperfürth.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.5.3 XVIII. Änderungssatzung der Gebührensatzung für die Friedhöfe der Hansestadt Wipperfürth

Beschluss:

Die XVIII. Änderungssatzung der Gebührensatzung für die Friedhöfe der Hansestadt Wipperfürth (Weststraße, Hindenburgstraße, Lüdenscheider Straße, Agathaberg, Egen, Klaswipper, Kreuzberg, Thier und Wipperfeld) sowie die dieser Satzung zugrunde liegende Gebührenkalkulation für das Haushaltsjahr 2020 werden in der beiliegenden Fassung zum 01.04.2020 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

An dieser Stelle erläutert Bürgermeister **von Rekowski** die Einrichtung des digitalen Grabfinders und nimmt Bezug auf den Artikel aus der Bergischen Landeszeitung vom 29.02.2020. Er teilt mit, dass das System fehlerfrei funktioniert. Bei dem beschriebenen Fehler handelte es sich um eine Fehleingabe eines Mitarbeiters. Versehentlich wurden die Vornamen von Antragsteller und Verstorbenen bei der Eingabe (vor über 10 Jahren) vertauscht. Dieser Fehler wurde umgehend behoben. Ebenso wurde das System hinsichtlich der Anonymität überprüft. Hier konnte kein Fehler gefunden werden.

1.5.4 XIII. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Wipperfürth

Beschluss:

Die XIII. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Wipperfürth wird in der als Anlage 1 beiliegenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt

Ratsherr **Scherkenbach** teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion bei der heutigen Abstimmung gegen den Beschlussentwurf entscheiden wird und nach flächendeckender Digitalisierung, vielleicht Ende 2021 – Anfang 2022, das Thema erneut aufgegriffen werden kann.

1.5.5 Konzeptionellen Projektleitung Gemeindeentwicklungsstrategie (GES/ISEK) - Entfristung

Beschluss:

Die Stelle 2.61.04 Konzeptionelle Projektleitung wird unbefristet ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.5.6 Hebesatzsatzung 2020

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Hansestadt Wipperfürth (Hebesatzsatzung) ab dem Haushaltsjahr 2020 wird mit Wirkung ab dem 01. Januar 2020 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.5.7 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2020 mit Haushaltsplan und Anlagen

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltsansätze aller Teilpläne in der durch die Fachausschüsse vorgeschlagenen und vom Haupt- und Finanzausschuss final empfohlenen Form (unter Berücksichtigung der Änderungsanträge, insbesondere Antrag der CDU-Ratsfraktion zur befristeten Hebesatzänderung für die Jahre 2020 und 2021, und der Veränderungsnachweise).

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich 3 Gegenstimmen

2. Über die nach den Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen und Haupt- und Finanzausschuss unmittelbar für den Stadtrat schriftlich eingereichten Änderungsanträge der Fraktionen und der fraktionslosen Ratsmitglieder zum Haushaltsentwurf 2020 wird wie folgt beschlossen:

a) Auf Antrag 1 der CDU-Fraktion

Der Parkplatz „Gartenstraße“ wird zukünftig bewirtschaftet. Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig entsprechende Hinweisschilder für eine Parkscheibenpflicht aufzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

b) Auf Antrag 2 der CDU-Fraktion

Die Verwaltung wird dem Bauausschuss in seiner Sitzung am 5.5.2020 vorstellen, wie mit dem Friedhofskonzept der Firma BSL weiter vorgegangen werden soll. Hierbei sind mindestens folgende Punkte, die auch Bestandteil der Tagesordnung des Lenkungskreises am 11.3.2020 sind, zu berücksichtigen:

- Wie sieht die kurz-, mittel- und langfristige Umsetzung des Konzeptes aus?
- Keine Schließung der bestehenden Friedhöfe
- Größtmögliche Beteiligung der ehrenamtlichen Helfer (z.B. Klaswipper, Egen). Diese sind mit einzubeziehen.
- Anpassung der bestehenden Satzung für die zukünftige Vergabe von Grabstellen.
- Welche alternativen Bestattungsformen sollen zukünftig ermöglicht werden?

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen

Anmerkung der Verwaltung:

Am 11.03.2020 hat kein Lenkungskreis stattgefunden. In der Sitzung des Bauausschusses 13.02.2020 wurde der Termin des nächsten Lenkungskreises auf den 04.05.2020 festgelegt. Vor diesem Hintergrund wird es der Verwaltung nicht möglich sein am 05.05.2020 eine abschließende Vorgehensweise unter Berücksichtigung der Beratungspunkte des Lenkungskreises vorzulegen.

c) Auf Antrag 3 der CDU-Fraktion

Die CDU-Fraktion legt während der Sitzung folgenden veränderten Antrag schriftlich vor.

Für die zukünftige Ausrichtung der Stadtbücherei möge der Rat folgende Schritte beschließen:

a) Die Städtische Bücherei zieht in einem ersten Schritt möglichst schnell in zentrumsnahe Räume von geeigneter und zweckmäßiger Größe um. Sollten keine stadteigenen Räume in Frage kommen, sind ergebnisorientierte Verhandlungen mit Fremdanbietern zu führen. Die Ergebnisse sind dem begleitenden Fachausschuss SFK in seiner nächsten Sitzung am 6.5.2020 vorzustellen, der letztlich den Abschluss zu beschließen hat.

b) Die Bücherei soll sich schrittweise über das derzeitige Angebot hinaus zum Medienhaus zeitgemäßer Ausrichtung mit dem Angebot Wissenserweiterung, Information, Unterhaltung, Bürgertreff, Lesehaus, Literaturpflege, Online Recherchen und medienorientierten Seminarangeboten für Jedermann (Auflistung beispielhaft) entwickeln.

Dabei muss ein später ggf. notwendiger zweiter Umzug in größere Räume in Betracht gezogen werden.

Die Räume sind barrierefrei mit hoher Aufenthaltsqualität und hohem Wohlfühlambiente einladend zu gestalten. Es ist eine Willkommenskultur zu schaffen.

c) Der Mitarbeiter(innen)bestand ist umgehend entweder durch interne Umbesetzungen oder externe Bewerber(innen) aufzustocken. Dabei ist in erster Linie die fachliche Eignung zu beachten (z.B. Bibliotheksfachangestellte(r), Fachkraft „Medien- und Informationsdienste Schwerpunkt Bibliothek“, oder vergleichbar). Ein entsprechender Ausschreibungstext wird in der nächsten Sitzung des SFK am 6.5.2020 vorgestellt und inhaltlich beraten.

d) Mit steigender Mitarbeiter(innen)Anzahl sind vor allem kundendienst- und dienstleistungsorientierte Öffnungszeiten zu realisieren. Zur Unterstützung der hauptamtlichen Mitarbeiter(innen) ist die Gründung eines ehrenamtlichen Unterstützerkreises anzustoßen.

e) Bei allen Entwicklungsschritten ist einerseits eine maßvolle Ausgabenpolitik zu beachten, die allerdings andererseits die Erreichung der Entwicklungsziele (siehe Punkt 2) nicht gefährden darf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 4 Enthaltungen

Ratsherr **Müller** erläutert, dass sich die Änderungen zu dem vorhergehenden Antrag auf die Beteiligung des SFK bei den Punkten a) und c) beziehen. Ratsherr **Koppelberg** stellt einen Ergänzungsantrag hinsichtlich einer Zusammenlegung der Bücherei mit weiteren besucherstarken Abteilungen der Verwaltung.

Ratsherr **Mederlet** unterstützt die zukünftige Beratung im SFK. Auch Ratsherr **Schmitz** befürwortet die Beteiligung des Fachausschusses.

Ratsherr **Müller** spricht an dieser Stelle einen großen Dank an Frau Weth aus, die derzeit den Büchereibetrieb aufrechterhält.

Zunächst stimmt der Rat über die beantragte Erweiterung der Ziffer b Antrag der UWG ab:

Die Verwaltung prüft die räumliche Ansiedlung bei anderen besucherrelevanten Verwaltungsbereichen (z.B. Bürgerservice) – ein erweitertes b!!!!

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

d) Auf Antrag 4 der CDU-Fraktion

Zukünftig ist in den Beschlussvorlagen für Rats- und Ausschusssitzungen der standardmäßige Hinweis „Finanzielle Auswirkungen“ näher zu konkretisieren. Die haushaltsmäßigen Konsequenzen im Ergebnis- und Finanzplan (u.a. Folgekosten und bilanzielle Abschreibungen) sind mindestens für den Planungszeitraum des laufenden Haushaltsjahres und die 3 Folgejahre detailliert anzugeben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

e) Auf Antrag 1 der SPD-Fraktion

Produktbereich Innere Verwaltung

Seite II-35 Parkettsanierung Altes Seminar

Ansatz wird zugunsten BauA gesperrt.

Denkbare Auswirkung: Verschiebung nach 2021 ff oder ggf. Mittelverwendung zur Lärminderung in Schulen durch unbürokratische und niedrigschwellige Maßnahmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ratsherr **Scherkenbach** bittet an dieser Stelle um Klarstellung im Bauausschuss, warum eine Sanierung notwendig oder nicht notwendig ist.

f) Auf Antrag 2 der SPD-Fraktion

Wirtschaftsförderung/Stadtmarketing

Die Verwaltung wird dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt ihr Konzept für ein aktivierendes Stadtmarketing / Citymanagement vorstellen. Hierbei sind die Initiativen und Aktivitäten aus 2019 ebenso darzustellen wie das Engagement in Folge des Ratsauftrags durch Beschluss vom Februar 2019 zur Intensivierung der Stadtmarketingaktivitäten (siehe Beschluss 2-2019).

Aspekte u.a.

- Fonds Leerstandsmanagement und aktives Bekämpfen Leerstandsmanagement
- Koordination der Beteiligten (Eigentümer, Betreiber/Händler/Hauseigentümer)
- Durchführung runder Tisch gemäß Ratsauftrag 2-2019
- Erfahrungsberichte Informationsmanagement externer Informationsakquise

Abstimmungsergebnis: einstimmig

g) Auf Antrag 3 der SPD-Fraktion

Der Rat der Stadt Wipperfürth spricht sich für die aktive Erarbeitung eines Mobilitätskonzeptes für Wipperfürth aus. Auf der Grundlage bestehender Beschlüsse bereitet die Verwaltung bis Juni 2020 einen Beschluss über die konkreten weiteren Schritte für den ASU vor.

ÖPNV, Individualverkehr, Angebote der Bürgerbusvereine, Fragmente eines Radverkehrsnetzes, Mobilitätsnetzwerk NRW, überregionale Parameter sind einzubeziehen. Die Klimaschutzbeauftragte sollte eine bedeutende Rolle im weiteren Prozess spielen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ratsherr **Koppelberg** bittet um Stellungnahme der Verwaltung hinsichtlich der Leistbarkeit des Antrags im geforderten Zeitrahmen. Der Fachbereichsleiter II, Herr **Hammer** erläutert, dass zurzeit keine freien Kapazitäten für die Aufgabe zur Verfügung stehen, die allerdings auch im Kontext mit der Gemeindeentwicklungsstrategie stehen. Bei Besetzung der Stelle ist eine Bearbeitung dieses Themenfeldes selbstverständlich. Ratsherr **Mederlet** erklärt, dass an diesem Antrag festgehalten werde. Es werde kein fertiges Konzept verlangt und so wäre dieser Punkt zumindest in der Beschlusskontrolle. Bürgermeister **von Rekowski** sagt zu, die bis dahin vorliegenden Informationen selbstverständlich dem ASU zur Verfügung zu stellen.

h) Auf Antrag 4 der SPD-Fraktion

Die Verwaltung wird bis zur Sommerpause im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt umfassend über die Aktivitäten der WEG zu den Themenfeldern Tourismus und Wirtschaftsförderung 2018/2019 berichten

Im Sinne des Grundsatzes von Haushaltsklarheit und –wahrheit ist darauf hinzuweisen, dass es sich um Themenfelder handelt, die durch den Haushalt der Stadt erheblich mitfinanziert werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

i) Auf Antrag 5 der SPD-Fraktion

Die Verwaltung wird den Haupt- und Finanzausschuss vor der Sommerpause umfassend über ihre Aktivitäten hinsichtlich der Rekrutierung von Flächen für gewerbliche und wohnbauliche Nutzung bezogen auf die gesamte Stadt informieren. Selbstverständlich sind die Rahmenbedingungen des gültigen FNP wie auch die aktuellen Rahmenbedingungen des in Entstehung befindlichen Regionalplans zu berücksichtigen.

Hierbei sind auch die in 2-2017 beschlossenen Grundlagenermittlungen mitzuteilen z.B. kurz-mittel-langfristige Potentiale mit Lage und Größe brutto und netto Baulandfläche und zunächst falls erforderlich in nicht-öffentlicher Sitzung zu erläutern.

Ebenso ist auch offen zu legen, was wann unternommen wurde, um dem Ratsbeschluss zur Erarbeitung und Koordination des „Konzeptes Sozialer Wohnungsbau“ in und für Wipperfürth auch mit Kooperationspartnern der Branche gerecht zu werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

j) Auf Antrag 6 der SPD-Fraktion

Die Verwaltung hat dafür Sorge zu tragen, dass sichergestellt ist, dass Anregungen/Ideen aus dem Inklusionsbeirat zu kommunalen Wipperfürther Themen in die Entscheidungsprozesse von Rat und Verwaltung einfließen. Dies erhebt selbstverständlich wie bei allen Anregungen keinen Anspruch auf die Übernahme der Anregung/Idee.

Die Verwaltung ist gebeten, im Haupt- und Finanzausschuss die klaren Ablaufprozesse (in) der Verwaltung diesbezüglich mit jeweiliger Nennung von Verantwortlichkeiten in den Fachbereichen/Ämtern darzustellen, um den Prozess der Einbeziehung der Anregungen/Ideen aus dem Inklusionsbeirat nachvollziehbar zu machen und der Spekulation, „es würde das Zufallsprinzip vorherrschen“, entgegen zu wirken. Ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit ist das Thema „Spielplatz Fritz-Volbach-Straße“ und die Anregung ein „inklusionsfähiges Spielgerät“ zu berücksichtigen unklare Kommunikationswege und Zuständigkeiten offenbarte.

Der Inklusionsbeirat ist zu der Sitzung einzuladen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

k) Auf Antrag 7 der SPD-Fraktion

Der Antrag wird aufgrund der Haushaltsrede der SPD-Fraktion aufgenommen und durch den Stadtkämmerer betragsmäßig ergänzt.

Für die Anmietung neuer Räumlichkeiten für die Stadtbücherei werden im Haushaltsjahr 2020 40.000 € und ab 2021 jährlich 60.000 € bereitgestellt (5.000 €/Monat).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

l) Auf Antrag 1 der UWG-Fraktion

Der Antrag wurde bereits im Vorfeld der Sitzung zurückgenommen, so dass hier keine Abstimmung erfolgte.

m) Auf Antrag 2 der UWG-Fraktion

Zum Produkt 1.12.01 ProjektNr. 5000107 Buswartehäuschen

Der Rat der Stadt regt an, am Westfriedhof ein Wartehäuschen in einfacher Standardausführung zu erreichen. Immer mehr ältere Menschen besuchen durch den Bürgerbus diesen Friedhof. Das wechselhafte Wetter und die fehlende Schutzzone (Wartehäuschen) lassen die Nutzer des Bürgerbus und die Besucher des Friedhofes sprichwörtlich im Regen stehen. Sofern am Ende des Jahres 2020 noch Budget vorhanden sein mag, soll dort ein Häuschen errichtet werden. Sollte dies in 2020 nicht möglich werden, ist für das Jahr 2021 verbindlich die Umsetzung zu gestalten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

n) Auf Antrag 3 der UWG-Fraktion

Zum Produkt 1.06.05 ProjektNr. 5000028 Ausbau Kinderspielplatz

Der Rat der Stadt Wipperfürth beauftragt die Fachämter, die mit der Planung und Umsetzung zum Ausbau der Spielplätze Fritz-Volbach-Str. und andere Spielplätze die ausgebaut werden, befasst sind, das Spielplatzkonzept des Stadtjugendparlaments und die Ausarbeitung des Inklusionsbeirates zum Spielplatzkonzept als Leitfaden zu nutzen, damit

die künftigen städt. Spielplätze der EU Gesetze folgt, um die Teilhabe der Menschen mit Beeinträchtigungen am alltagl. Leben zu ermöglichen. Diese Anforderung ist unabhängig wieviel Personen mit Beeinträchtigung vor Ort leben. Die Planung, Anschaffung und Veränderungen von diesen Spielplätzen sind im Fachausschuss vor Beauftragung zu beraten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Dem im Unterausschuss Personal am 11. Februar 2020 vorgestellten Stellenplan 2020 wird unter Berücksichtigung der empfohlenen Änderungen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen

Vor der Abstimmung dieses Beschlusses wurde der öffentliche Teil der Ratssitzung für die nichtöffentliche Sitzung unterbrochen um ggf. das Ergebnis der Abstimmung zu TOP 2.5.1 bei der Abstimmung des Stellenplanes berücksichtigen zu können.

4. Der von der Verwaltung in der Sitzung des Rates am 10. Dezember 2019 eingebrachte Entwurf der Haushaltssatzung 2020 mit dem dazu gehörenden Haushaltsplan und seinen Anlagen (u.a. Fortschreibung 2020 des Haushaltssicherungskonzeptes 2012 - 2020) wird unter Berücksichtigung der Teilbeschlüsse zu 1. bis 3., einschließlich der seit Einbringung bis heute eingetretenen Änderungen des Ergebnis- und Finanzplans lt. beiliegenden Veränderungsnachweisen beschlossen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich 3 Gegenstimmen

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes werden die Haushaltsreden der Fraktionen und fraktionslosen Ratsmitglieder gehalten.

Die Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden **Scherkenbach** (CDU), **Mederlet** (SPD), **Koppelberg** (UWG), **Goller** (Bündnis 90/Die Grünen) sowie Ratsherr **Schnepper** (FDP) sind als Anlagen beigefügt. Ratsherr **Hewald** (Die Linke) spricht sich in seiner Rede gegen eine Befürwortung des vorgelegten Haushaltes aus.

Da in den Haushaltsreden die Mobilität angesprochen wurde, greift der BM dieses Thema im Nachgang der Reden auf und erläutert, dass die Schnellbusverbindungen und auch die Nachtbuslinie zum Jahresende umgesetzt werden.

Ebenso bittet er, **allen** Überlegungen hinsichtlich einer Verbesserung der Mobilität, sei es eine S-Bahn oder auch eine Hochbahn, offen gegenüber zu stehen.

1.6 **Anfragen**

1.6.1 **Anfrage der CDU-Ratsfraktion bezüglich Tempo 30 vor sozialen Einrichtungen**

Nach Erläuterung der Anfrage durch Ratsherrn Bongen, wird diese Anfrage ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen und entsprechend der Vorlage im Ausschuss für

Stadtentwicklung und Umwelt beantwortet.

Anmerkung der Verwaltung

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt, der am 18.03.2020 tagen soll, wurde aufgrund des Corona-Virus abgesagt. Die Anfrage wird dann im kommenden Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt beantwortet.

1.7 Anträge

1.7.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 05.02.2020 - Keine Änderung der Düngevorschriften zu Lasten des Oberbergischen Kulturlandschaftsprogramms

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, den als Anlage beigefügten Text an die zuständigen Stellen auf Kreis- Landes- und Bundesebene weiterzuleiten, um die Landwirtinnen und Landwirte der Hansestadt nicht unverhältnismäßig zu belasten und die erfolgreiche Umsetzung des Vertragsnaturschutzes im Gebiet der Hansestadt und auch im Oberbergischen Kreis weiterhin zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmung
bei mehreren Enthaltungen

Ratsherr **Bongen** erklärt, dass aufgrund der Dringlichkeit kein Verweis an den ASU erfolgt. Ratsherr **Schnippering** erläutert den Antrag. Nach kurzer Diskussion wird dieser zur Abstimmung gestellt.

1.7.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 10.02.2020 - Resolution "Finanzierung der Integration und Aufwendungen für Flüchtlinge"

Beschluss:

Der Rat der Hansestadt Wipperfürth stellt fest, dass auch dem Haushalt 2020 der Stadt Wipperfürth erhebliche Mittel für Integration und Aufwendungen für Flüchtlinge fehlen und mitunter der kommunalen Familie vorenthalten werden – siehe Vorbericht zum Haushalt Seite I-16 und Informationen Kämmerer bei der Einbringung zu diesem Thema – mindestens 438.000.- Euro (Integrationsmittel) plus mangelnde Kostendeckung der Aufwendungen (mind 220.000.-) plus fehlende Kostenübernahme für Duldungen fehlen zur Bewirtschaftung des Haushalts und der Wahrnehmung der pflichtigen Aufgaben.

Der Rat der Stadt Wipperfürth fordert deshalb die Landesregierung Nordrhein-Westfalen auf

1. ihr Versprechen einzuhalten und die vom Bund an die Länder für die Integration von geflüchteten Menschen vorgesehenen Mittel (Integrationspauschale bzw. nunmehr „Pauschale für flüchtlingsbezogene Zwecke“) in voller Höhe für die Jahre 2020 und 2021 an die Kommunen weiterzuleiten

2. die Pauschalen nach dem FlÜAG auf den im „Lenk-Gutachten“ ermittelten Ist-Kosten-Stand anzuheben ,
3. die Dauer des Erstattungszeitraums für Geduldete von derzeit 3 Monaten nach ablehnendem Asylbescheid auszuweiten, solange diese Personen Leistungen nach dem AsylbLG erhalten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.8 Mitteilungen

1.8.1 Nebentätigkeiten des Bürgermeisters im Jahre 2019

Die Mitteilung wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

1.8.2 Controlling-Bericht zum 31.12.2019

Die Mitteilung wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

1.8.3 Ausnahmen von der Veränderungssperre für den Bebauungsplan Nr. 112 Innenstadt in Bezug auf Werbeanlagen

Die Mitteilung wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

1.8.4 Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer Köln zum Haushalt 2020

Die Mitteilung wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

1.8.5 Sachstand Kolpinghaus (mündlicher Bericht)

Herr **Klewinghaus** berichtet über die aktuelle Entwicklung des baulichen Zustands im Kolpinghaus nachdem dort durch ein Absacken des Bodens erhebliche Mängel festgestellt wurden. Diese Entwicklung muss in die Überlegungen zum Raumkonzept einbezogen werden.

Bürgermeister **von Rekowski** erläuterte, dass die Räume unverzüglich freigeräumt wurden und die betroffenen Mitarbeiter*innen in Home-Office oder an vorübergehend freien Arbeitsplätzen beschäftigt wurden. Zwischenzeitlich konnte die Etage, bis auf zwei Büroräume, wieder bezogen werden.

Fachbereichsleiterin Frau **Kamphuis** teilte mit, dass die Vorschläge zum Raumkonzept im Mai dem entsprechenden Fachausschuss vorliegen werden.

Ratsherr **Koppelberg** erkundigt sich, ob bei den bisherigen Untersuchungen zu Interimslösungen während Sanierungen bzw. Umbau im Rahmen des Raumkonzeptes auch das Haus am Silberberg in die Überlegungen einbezogen wurde, da bisher immer von der Alten Post gesprochen wurde.

Bürgermeister **von Rekowski** sagt zu, auch hinsichtlich des Hauses am Silberberg Überlegungen anzustellen.

1.8.6 Coronavirus - Vorsichtsmaßnahmen (mündlicher Bericht)

Bürgermeister **von Rekowski** informiert über die derzeitigen städtischen Vorsichtsmaßnahmen hinsichtlich des Coronavirus wie z.B. die Sicherung des Informationsmanagements, erfolgte Informationen an alle Mitarbeiter*innen, das Aufstellen von Desinfektionsmitteln in den Eingangsbereichen aller städtischen Gebäude.

1.8.7 Fairtrade Town (mündlicher Bericht)

Bürgermeister **von Rekowski** teilt mit, dass das Prüfungsgremium der Kampagne Fairtrade-Towns die Bewerbung der Stadt Wipperfürth erfolgreich bestätigt hat. Eine Auszeichnung zur Fairtrade-Stadt steht nichts mehr im Wege.

Anmerkung der Verwaltung:

Zwischenzeitlich wurde mit TransFair e.V. als Auszeichnungstermin Samstag, der 09.05.2020, abgestimmt.

2 Nichtöffentliche Sitzung

Michael von Rekowski
- Bürgermeister-

Alexandra Leonhardt
- Schriftführerin -

CDU-Ratsfraktion Wipperfürth | Dellweg 3a | 51688 Wipperfürth



CDU RATSFRAKTION
WIPPERFÜRTH

Rede zum Haushalt 2020

CDU-Ratsfraktion Wipperfürth

Friedhelm Scherkenbach
Fraktionsvorsitzender
Dellweg 3a
51688 Wipperfürth

Telefon: 0172/ 261 33 17
E-Mail: friedhelm.scherkenbach@web.de

Wipperfürth, den 03.03.2020

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates und der Verwaltung,

der diesjährige Haushalt steht unter einem ganz besonderen Stern. Seit 2010 arbeiten Rat und Verwaltung daran den Haushalt 2020 ausgeglichen darzustellen. Dieser Haushaltsausgleich war und ist die Grundvoraussetzung dass wir wieder eine selbstbestimmende Kommune werden. Und mit dem heute vorliegenden Haushaltsentwurf dürfen wir voller Stolz sagen: „Ja wir haben es fast geschafft“!!

Auch wenn wir uns mit den vorliegenden Zahlen keine allzu großen Sprünge erlauben können, so hat unserer Kämmerer einen Haushalt vorgelegt, mit dem wir die Genehmigung durch die Kommunalaufsicht erwarten dürfen und voraussichtlich ab dem nächsten Jahr wieder selbst über unsere Finanzen bestimmen können.

Daher geht unser herzlicher Dank an den Kämmerer Herbert Willms und sein gesamtes Team, für die geleistete Arbeit, insbesondere der letzten Wochen und Monate um diesen Haushaltsentwurf zu erstellen. Gleichzeitig möchte ich mich an dieser Stelle aber auch bei allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung bedanken, für die in ihren jeweiligen Bereichen sehr verantwortungsvoll geleistete Arbeit. Sie alle haben daran mitgearbeitet um diesen erfolgreichen Haushaltsentwurf hinzubekommen.

Grundsteuer A und B:

Ja, bei aller Freude über dieses Ergebnis muss man hierbei leider ernüchternd festhalten, dass dieser Haushaltsausgleich nur über die Erhöhungen der Grundsteuer A und B ermöglicht werden konnte. Eine Erhöhung, die die CDU mit ihrem Antrag im vergangenen Jahr noch erfolgreich abgelehnt hat. Auch wenn der Bürgermeister in seiner Haushaltsrede vom 10.12.2019 dem Rat vorwirft, die letztjährige mehrheitliche Entscheidung träfe die Grundstückseigentümer nun in doppelter Härte, so möchte ich diesen Vorwurf nicht stehen lassen.

Nur mal so zum Kopfrechnen: Eine Erhöhung um die angedachten 40 Punkte im letzten Jahr bei möglicherweise gleichzeitiger Beibehaltung des Ansatzes in diesem Jahr, käme der jetzigen Erhöhung um 80 Punkte gleich. Denn $40 + 40$ ergibt nun mal 80. Also von doppelter Härte kann hier überhaupt nicht die Rede sein. Viel wichtiger ist aber doch die Feststellung, dass das Geld im letzten Jahr bei den Steuerpflichtigen verbleiben konnte!!

Unser Antrag zum letzten HFA am 18.2.2020, den Haushalt ab 2022 wieder mit den Steueransätzen von 2019 fortzuführen, soll den Bürgerinnen und Bürgern das Signal geben, dass uns nach wie vor daran gelegen ist die Steuerbelastungen in Wipperfürth so gering wie möglich zu halten. Die Zahlen des geänderten Haushaltsentwurfes, den der Kämmerer für heute vorbereitet hat, zeigen eindeutig dass dies keine Utopie ist, und schon mal gar kein Showeffekt – lieber Herr Koppelberg - wenn man sich zukünftig an diesen neuen Planzahlen orientiert!

Mit dem Wissen, dass dies keine Garantie sein kann, denn wir alle wissen nicht wie sich die Situation in Wipperfürth in den nächsten Jahren entwickelt, so werden wir jedenfalls mit unserer gemeinsamen Bürgermeisterkandidatin Anne Loth, ab Ende des Jahres daran arbeiten die Fehlentwicklungen im städt. Haushalt zu beenden.

Zahlen zum Haushalt:

Diese Fehlentwicklungen, die in der nun ablaufenden Amtszeit des Bürgermeisters entstanden sind, möchte ich gerne anhand einiger Zahlen verdeutlichen:

Das **Eigenkapital** der Stadt Wipperfürth hat zu Beginn seiner Amtszeit in 2009 noch 47,4 Mio. € betragen. Heute, nach 10 Jahren Amtszeit von Rekowski, beträgt das Eigenkapital noch gerade mal 13,1 Mio.€!! Ein Rückgang von 34,3 Mio. € oder in Prozenten ausgedrückt: 72,5 % . Man kann auch sagen 3/4 des damaligen Eigenkapitals wurden bis heute “verfrühstückt”

Der **Schuldenstand je Einwohner** hat sich seit 2009 von 2.705 € auf 4.296 € pro Einwohner erhöht.

Und als drittes prägnantes Beispiel: die Personalkosten:

Seit Jahren fordern wir ein, die **Personalkosten** zu reduzieren. Was passiert? Nichts!!! Alleine seit 2014 wurde das Personal um 36,8 Stellen erweitert und somit die Personalkosten von 10,74 Mio.€ auf 14,53 Mio. € erhöht. Innerhalb von 6 Jahren ein Plus von 3,8 Mio. €!!!

Die **Personalkosten pro Einwohner** haben sich seit 2013 von 486,00 € auf sage und schreibe 692,00 € erhöht. Natürlich muss man hier auch die entsprechenden Tarifierhöhungen und Pensionsrückstellungen berücksichtigen, genauso die nötigen Einstellungen, bedingt durch die Flüchtlingskrise. Jedoch alleine für dieses Jahr 2020 werden zusätzliche Personalkosten i.H. von 451.647,00 € angemeldet. Wenn ich nur diese Summe auf den Hebesatz der Grundsteuer B umrechne, macht das einen Wert von rund 68,8 Punkten aus. Mit anderen Worten: Hätte man die Personalkosten im Griff, hätte man auf die Erhöhung der Grundsteuer gänzlich verzichten können.

Vergleiche sind immer schwierig und meistens zieht man diese nur heran wenn man selber besser da steht. Ich traue mich aber trotzdem einmal daran – hier nur der Vergleich zur Gemeinde Lindlar:

Die Gemeinde Lindlar setzt bei nahezu gleich großer Bevölkerung Personalkosten i.H. von 7,7 Mio. € ein und Sachkosten i. H. von 7,3 Mio. € um Ihre Aufgaben zu lösen. Also in Summe 15 Mio.€

In Wipperfürth setzen wir 14,5 Mio.€ Personalkosten ein und 11 Mio.€ an Sachkosten, also insgesamt 25 Mio. €. Das sind 10 Mio.€ mehr.

Jetzt kommen natürlich die Argumente – eigenes Bauamt – Jugendamt – Flüchtlingskosten etc.

Ja, aber wird in Lindlar nicht gebaut ? Gibt es dort keine Jugendlichen und Familien die Hilfe benötigen? Gab/Gibt es dort keine Flüchtlinge?

Im gesamten Haushaltsplan, wie schon von unserer Fraktion zig mal kritisiert, kommt der Begriff Sparen oder Einsparungen überhaupt nicht vor. Aber in der Liste der Erhöhungen sind

Sie ganz vorne dabei:

Erhöhung Grundsteuer, Gewerbesteuer ist für 2021 angedacht, Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Parkgebühren, Zweitwohnsteuer, die Friedhofsgebühren nicht zu vergessen, usw. usw.

Diese Fehlentwicklungen in den Jahren Ihrer Amtszeit wird uns, ob mit Ihnen oder ohne Sie, hier in Wipperfürth noch mindestens 10 Jahre beschäftigen.

An dieser Stelle kritisch anzumerken ist jedenfalls, dass sich der amtierende Bürgermeister seit Beginn seiner Amtszeit nicht ein einziges Mal dafür interessiert hat, ob die stärkste Fraktion im Rat den jeweiligen Haushalten zustimmen oder ablehnen wird. Hierzu nur mal folgendes Gedankenspiel: Wenn die beiden großen Fraktionen CDU und SPD sich in den letzten Jahren bei der Abstimmung zum Haushalt nur enthalten hätten, dann hätten Sie manchen Haushalt nicht verabschieden können, denn wie oft haben UWG und Grüne ihre Haushalte abgelehnt.

Neben den Fehlentwicklungen im städt. Haushalt gibt es weitere Themen die wir kritisieren:

Gewerbegebiete/ Wohnraum:

Nehmen wir das Thema: **Gewerbegebiete/ Wohngebiete.**

Bei den ständigen Forderungen des Rates nach Ausweisungen neuer **Gewerbegebiete** konnte in den 10 Jahren Ihrer Amtszeit nicht ein Quadratmeter zu Papier gebracht werden, außer dem Gewerbegebiet Niederklüppelberg, welches Ihnen seinerzeit durch die Insolvenz des ansässigen Unternehmens "in den Schoß" gefallen ist. Daher muss jetzt dringend daran gearbeitet werden zeitnah neue Flächen für Gewerbe auszuweisen. Wir haben noch Kapazitäten an Gewerbeflächen und die müssen **jetzt** entwickelt werden. Gewerbe ansiedeln bedeutet Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und vor allem dass sich Familien in Wipperfürth ansiedeln.

Bei der Schaffung von neuem **Wohnraum** das gleiche. Wenn sich unser 1. Beigeordneter, Herr Kremer, nicht in den letzten Jahren um Möglichkeiten der Ausweisung von Wohngebieten gekümmert hätte, wäre auch in diesem Bereich nichts passiert. Mit der Entwicklung des Areals Reinshagensbusch können wir seit letztem Jahr seit langem mal wieder ein großes potenzielles Wohnbaugebiet vorweisen und erhoffen uns das hier zeitnah die "Bagger" rollen.

Auch hier werden wir unsere Forderungen nach neuen Flächen zukünftig noch stärker einfordern!

Anbindung Ballungszentren:

Menschen für Wipperfürth zu begeistern heißt, sich um die Anbindung an die Ballungszentren, insbesondere an den Großraum Köln zu kümmern. Diesbezüglich gab es den gemeinsamen Antrag der CDU und FDP vom 8.2.2019, der Sie beauftragt hatte sich aktiv um die **Fortführung der S-Bahnlinie** von Bergisch Gladbach über Kürten nach Wipperfürth einzusetzen. Egal ob S-Bahn oder Schnellbuslinie. Ziel dieses Antrages war es, dass wir **zeitnah** eine Direktverbindung an das Ballungsgebiet Köln bekommen. Uns ist sicher allen klar, dass eine Fortführung der S-Bahnlinie nicht in kürzester Zeit realisierbar sein kann, aber eine zusätzliche Schnellbuslinie sollte durchaus denkbar sein. Bisher leider auch hier Fehlanzeige, genauso wie mit unserem Antrag vom **26.4.2016** der Sie beauftragt hatte, im Rahmen der Erarbeitung des Nahverkehrsplanes mit dem Oberbergischen Kreis über eine

Teilnahme der Stadt Wipperfürth an einer Pilotisierungsmaßnahme „**Nachtbuslinie**“ zu verhandeln.

Ihre Idee aus dem letzten Herbst diese Anbindung mit einer Hochbahn hinzubekommen ist in unseren Augen nicht nur utopisch, sie ist auch nicht finanzierbar. Wir haben die Aufgabe **jetzt** Anbindungen zu schaffen und nicht irgendwelche Wolkenkuckuckseier zu verfolgen, die evtl. in zig Jahren eintreten könnten. Auch dieses Thema werden wir mit einer Bürgermeisterin Anne Loth zeitnah angehen, damit wir junge Familien begeistern können hier wohnen zu bleiben, bzw. sich für Wipperfürth als Lebensmittelpunkt zu entscheiden. Nach dem Motto: in Wipperfürth leben, in Köln studieren oder arbeiten, haben wir reelle Chancen etwas zu tun um die Einwohnerzahl in Wipperfürth wieder nach oben zu bringen und somit auch die Steuerkraft positiv zu entwickeln.

Gemeindeentwicklungsstrategie:

Hierbei darf man dann sicher auch nicht vergessen, dass Wipperfürth eine Stadt der Dörfer ist. Diese sind zukünftig intensiver in den Zukunftsplanungen zu berücksichtigen. Unser Antrag vom 5.7.2018 zur **Gemeindeentwicklungsstrategie**, das beantragte Mobilitätskonzept der Kollegen von der SPD und das beantragte Dorfentwicklungskonzept der Grünen zielen genau darauf ab: die Dörfer zu entwickeln und näher an die Innenstadt zu bringen. Die Entscheidung, die Stelle für die Projektentwicklung der Gemeindeentwicklungsstrategie unbefristet auszuschreiben, ist daher das richtige Signal. Dieses wichtige Zukunftsthema unserer Stadt muss jetzt auf Fahrt kommen.

Wir müssen die Menschen, die Dörfer mitnehmen in der Gestaltung Ihrer zukünftigen Entwicklung. Wie sehen die Menschen Ihr Dorf in 5 oder 10 Jahren. Entsprechende Anträge bei der Regionale 2025 sind zur Zeit noch möglich, aber diese Antragsfristen sind auch nicht unendlich. Andere Kommunen sind uns da schon weit voraus.

Und wenn wir von der Zukunft unserer Stadt sprechen, dann dürfen wir nicht die **Zukunft unseres Einzelhandels** vergessen.

Das Konzept für die **Zukunft des Einzelhandels** vom 13.11.2018 hatte deutlich gemacht, dass insbesondere die Verwaltung und der Bürgermeister gefragt ist, wie sich der Einzelhandel in Wipperfürth zukünftig ausrichten kann. Der Beschluss vom 8.2.2019 u.a. einen geeigneten Maßnahmenplan vorzustellen, einen Runden Tisch einzurichten, aktives Leerstandmanagement zu betreiben ist bis heute jedenfalls nicht umgesetzt. Dabei ist ein florierender Einzelhandel für unsere Stadt lebenswichtig und ein wichtiges Puzzleteil wenn wir darüber sprechen wie unsere Stadt in 5 oder 10 Jahren aussehen soll. Das veränderte Einkaufsverhalten muss man hierbei durchaus berücksichtigen und sollte es nicht wegdiskutieren, trotzdem sehen wir sehr wohl die Chance das sich unser Einzelhandel auch zukünftig in Wipperfürth behaupten kann. In die Überlegungen sollten wir zwingend die WEG mit einbeziehen. Wie kann sich diese positionieren um den Einzelhandel in der Stadt zu unterstützen und den Strukturwandel zu begleiten. Auch das hört zu einer vernünftigen Gemeindeentwicklungsstrategie dazu.

Ebenfalls gehört unsere heimische **Landwirtschaft** bei der Ausrichtung der Gemeindeentwicklungsstrategie dazu. Die Berichterstattungen der letzten Monate, die Demonstrationen der Landwirte an den unterschiedlichsten Orten zeigen auf, dass es diesem Berufsstand an die Substanz geht. Immer weitreichendere Auflagen bringen unsere Familienbetriebe dazu in letzter Konsequenz ihren landwirtschaftlichen Betrieb aufzugeben.

Unser Antrag die Resolution zur Düngeverordnung an die zuständigen Stellen auf Kreis-Landes- und Bundesebene weiterzuleiten soll auch als Zeichen an unsere heimische Landwirtschaft verstanden werden. Trotz der besten Trinkwasserwerte landesweit, erfolgreicher, kooperativer Zusammenarbeit mit den Wasserwerken über annähernd 30 Jahre, soll nach dem Gießkannenprinzip verfahren werden und die Bewirtschaftung hier vor Ort weiter erschwert werden.

Beispielhaft für ganz NRW gibt es hier eine Modellregion, in der Landwirtschaft und Naturschutz gemeinsam für Artenvielfalt und Biodiversität entstehen. Das steht durch die neue Düngeverordnung auf dem Spiel.

Und noch ein wichtiger Bestandteil in der Zukunftsstrategie: die **Schulen**.

Mit dem politischen Willen, alle Grundschulstandorte zu halten und zukunftssicher zu machen stehen natürlich auch finanzielle Herausforderungen an.

Sanierungen und Erweiterungen der bestehenden Gebäude stehen mit hohen Summen in den Planungen unseres Haushaltes. Nicht nur eine Herausforderung in finanzieller Sicht, auch eine Herausforderung für die Schüler und Eltern. Zum Teil anhaltende Baustellen, Unterbringung in Containern sind nur 2 Nebenerscheinungen die zu Beeinträchtigungen im Schulalltag führen.

Laut Schulentwicklungsplan sind die Schulen in den nächsten Jahren gesichert, wir müssen uns aber auch darüber unterhalten wie sehen wir die Schulen in 10 oder 15 Jahren, sowohl baulich als auch in der Ausstattung. Hierzu hat Anne Loth in Ihrer Vorstellung als Bürgermeisterkandidatin bereits am 26.9.2019 gesagt, dass man sich über die Zukunft der Schulsituation unterhalten muss. Auch der Bürgermeister hat in diese Richtung zu einem Gespräch eingeladen. Um auch in Zukunft eine interessante Schulstadt für die Schülerinnen und Schüler in und um Wipperfürth zu sein, müssen wir gemeinsam überlegen wie wir diese Zukunftsvisionen verantwortungsvoll gestalten können. Hierzu gehören natürlich auch die weiterführenden Schulen. Die Entscheidung für deren Dreigliedrigkeit ist nach wie vor die Richtige gewesen, hieran halten wir auch weiterhin fest.

Ich komme zu einem weiteren wichtigen Thema:

Die Stadtbücherei:

In Ihrer Haushaltsrede vom 10.12.2019 werfen Sie dem Rat – insbesondere der CDU - vor mit der Entscheidung, eine schnelle Nachbesetzung des Diplom - Bibliothekars verhindert zu haben, die Entwicklung von Wipperfürth zu blockieren.

An dieser Stelle möchte ich der Öffentlichkeit kurz darstellen, warum es zu der besagten Rolle rückwärts kam. In der Sondersitzung des Ausschusses Sport, Freizeit und Kultur am 3.7.2019 hat unser Sprecher Lothar Palubitzki für die CDU Fraktion klar und unmißverständlich die Verwaltung aufgefordert, die Stellenausschreibung bis in den Herbst zurückzustellen, da für unsere Fraktion die zukünftige Ausrichtung der Stadtbücherei noch nicht klar war, insbesondere vor der Frage:

- Soll es eine große Lösung werden?

Und:

- Brauchen wir zukünftig einen Diplom Bibliothekar oder benötigen wir möglicherweise eine ganz andere Stellenbesetzung.

Ziel war es nicht etwas zu blockieren, sondern sich erst einmal klar darüber zu werden wie die zukünftige Ausrichtung der Bücherei aussehen könnte bevor man durch voreilige Neubesetzungen schon wieder Fakten geschaffen hatte.

Die UWG Fraktion bat in der selben Sitzung sogar darum das Thema mit in die Haushaltsberatungen zu nehmen.

Aber scheinbar fehlt dem Bürgermeister hier die Wertschätzung für den politischen Willen, denn Sie wollten die Stellenausschreibung noch während der Sommerferien auf den Weg bringen. Als dann nach der Sommerpause in nichtöffentlicher Sitzung das Thema Stellenausschreibung nochmals angesprochen wurde – wohlgemerkt noch nicht mal durch die CDU, sondern vom Fraktionsvorsitzenden der UWG- und es hierdurch zu einer erneuten Diskussion über die besagte Stellenausschreibung kam, da reagiert der Bürgermeister in der bekannt, beleidigten Form, dass er sagt: “Dann sagen wir eben alles ab”

Also sprechen Sie bitte nicht von fehlender Wertschätzung, denn Sie haben in diesem Fall den politischen Willen mißachtet.

Zur Bücherei selbst, haben wir in unserem heutigen, umfangreichen Antrag unsere Vorstellungen der zukünftigen Ausrichtung formuliert und hoffen auf die Unterstützung der anderen Fraktionen.

Regionales Gebäudemanagement:

Und wenn ich eben von Umsetzungsproblemen bestehender Beschlüsse sprach, dann fallen mir da noch viele weitere Beispiele ein:

Nehmen wir das **Regionale Gebäudemanagement:**

Hierzu gab und gibt es einen eindeutigen Willen des Wipperfürther Rates. Mit Beschluss aus der Ratssitzung am 8. Februar 2019 wurde der Bürgermeister aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die Leitung und stellv. Leitung des RGM zukünftig eine voll besetzte Stelle sein soll und nicht, wie zur Zeit immer noch aktuell, diese wichtigen Leitungsfunktionen nur zu 75 % wahrgenommen werden.

Außer: „Da haben wir keinen Einfluß drauf“ und „wir sind auf einem guten Weg“ wird schön geredet, was schlecht läuft. Und der Hückeswagener Amtskollege meint ja dann noch zu allem Überflus ein Schreiben aufsetzen zu müssen, dass alles andere als hilfreich war.

Selbst bei den ständigen Verteuerungen der letzten Monate, die uns seitens des RGM aufgetischt werden heißt es immer noch „wir sind auf einem guten Weg“.

EvB – Gymnasium mit ca. 7,5 Mio. € Mehrausgaben, Grundschule St. Antonius mit einem Mehr von 750.000,- € und den Mehrkosten beim alten Seminar mit ca. 500.000,- €

Rund 10 Mio.€ Mehrkosten, bei nur 3 Bauprojekten: Kostencontrolling, Fehlanzeige!!!

Aber: „Wir sind auf einem guten Weg“

Nun, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist, da kommt dann auch der Bürgermeister zu der Erkenntnis:

„Als Konsequenz daraus wird das interne Kostencontrolling im RGM verschärft“ (Vorlage HFA 18.2.2020)

Ebenfalls unser Antrag vom 7.2.**2017** der den Bürgermeister beauftragt, das Auftragnehmer- und Auftraggeberverhältnis zwischen Hansestadt Wipperfürth und RGM als Dienstleister für die Stadt zu prüfen und zu konkretisieren. Auch dieser Beschluß wurde bis heute nicht umgesetzt.

Die CDU steht nach wie vor hinter den Projekten der kommunalen Zusammenarbeit, jedoch die Baustelle RGM ist für uns nach den aktuellen Kostenverteuerungen noch nicht erledigt. Diese haben uns gezeigt, dass wir eben nicht auf einem guten Weg sind und daher fordern wir jetzt weitreichende Konsequenzen. Schönreden hilft nichts. Handeln ist gefragt

Bauaufsicht:

Ebenfalls sehen wir noch sehr viel Luft nach oben in unserer Bauaufsicht.

Vor rund 2 Jahren waren über 2000 Fälle in der **Bauaufsicht** nicht abschließend bearbeitet. Die Bauaufsicht sollte umstrukturiert werden und durch die Einstellung einer zusätzlichen Leitungskraft hatten wir uns eine spürbare Veränderung versprochen. Entscheidende Veränderungen sind bei uns jedenfalls noch nicht angekommen.

Schlußwort:

Zum Schluß Ihrer Haushaltsrede signalisieren Sie Ihre Gesprächsbereitschaft gegenüber dem Rat. Die Ernsthaftigkeit dieser, Ihrer Aussage scheint nicht allzu groß gewesen zu sein.

Auch hierzu ein Beispiel:

Der Termin zur **Eröffnung** des Marktplatzes.

Die erste Überlegung zur großen Eröffnungsfeier wurde uns als Rat ja noch zumindest mitgeteilt, nämlich der 15.Mai. Gemeinsam überlegen – Fehlanzeige!

Erst später erfuhren die Ratsmitglieder per Zufall durch eine Baustellenzeitung dass die Eröffnung verschoben wurde und am 6. Juni stattfinden soll. In der Sitzung des Fachausschusses darauf angesprochen kam von Ihnen, Herr Bürgermeister, nur der Satz: „Ja das ist so“. Keine Begründung warum der Termin gewählt wurde, kein Denken daran ob man diesen Termin mal gemeinsam hätte überlegen können.

Nun bekommen wir am 10. Februar um 16:58 Uhr eine Pressemitteilung dass die Eröffnung ein weiteres Mal verlegt wurde und auf den 9. Mai vorgezogen wird. Gerade ein solch, wie ich finde, wichtiger Termin, wird noch nicht einmal mit dem Rat überlegt.

Gesprächsbereitschaft sieht anders aus.

Die fehlende Kommunikation des Bürgermeisters mit dem Rat der Stadt Wipperfürth ist ja nicht nur in Wipperfürth ein viel diskutiertes Thema, es geht ja schon über die Stadtgrenzen hinaus und so ist es sicher nicht verwunderlich, dass Ihnen mittlerweile 74 % der Ratsmitglieder das Vertrauen entziehen, in dem man sich schon sehr frühzeitig auf die Unterstützung unserer gemeinsamen Bürgermeisterkandidatin Anne Loth verständigt hat. Und das, lieber Kollege Koppelberg hat nichts mit Verrohung der Politik zu tun. Gegen diesen Ausdruck verwehre ich mich für unsere Fraktion entschieden. Diese frühzeitige Verständigung auf eine gemeinsam Bürgermeisterkandidatin ist die logische Konsequenz aus der Unzufriedenheit und dem gestörten Vertrauensverhältnis dem Amtsinhaber gegenüber. Außerdem ist dies ein normaler demokratischer Vorgang, oder haben wir Ihnen im Wahljahr 2009 Verrohung vorgeworfen, als Sie sich mit 3 Fraktionen auf einen gemeinsamen Kandidaten verständigt haben?

Die Mitteilung von Michael von Rekowski am 17.2.2020, seine Amtszeit frühzeitig zu beenden und nicht erneut antreten zu wollen ist daher ein nachvollziehbarer Schritt. Wir wünschen Ihnen, Herr von Rekowski, an dieser Stelle schon einmal viel Erfolg für Ihre neue berufliche Tätigkeit und für Ihre Zukunft alles Gute.

Ich hoffe dieser Schritt dient auch dazu, dass sich das Verhältnis zwischen Verwaltung und Rat wieder verbessert. Es war in der Vergangenheit in Wipperfürth immer ein gutes Miteinander, welches leider in letzter Zeit, sicher auch bedingt durch die Unstimmigkeiten zwischen Rat und Bürgermeister, gelitten hat. Wir können die anstehenden Aufgaben für Wipperfürth aber nur gemeinsam schaffen und so ist es uns ein ehrliches Anliegen die Herausforderungen der Zukunft für unsere Stadt Wipperfürth mit Ihnen, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, gemeinsam zu meistern. Eine starke Bürgermeisterin Anne Loth an der Spitze, eine starke Verwaltung und ein starker Rat, dann ist mir um die Zukunft unserer schönen Stadt Wipperfürth nicht bange.

Bei ihnen liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates möchte ich mich für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit im letzten Jahr bedanken, freue mich jetzt auf Ihre Reden zum Haushalt und wünsche uns allen einen fairen Wahlkampf 2020.

Vielen Dank fürs Zuhören

Rede zur Verabschiedung des Haushalts 2020

SPD Fraktion

Frank Mederlet

[Es gilt das gesprochene Wort]

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen,

der Haushalt 2020 ist auch wieder ohne großen Spielraum – bei rund 62 Millionen im Ertrag verbleibt ein errechneter Überschuss von rund 170 TE. Dies ist insbesondere den zahlreichen Männern und Frauen in der Stadtgesellschaft zu danken, die durch ihr ehrenamtliches Wirken Wertschöpfung zum Wohl der Gemeinschaft erwirken ohne den Haushalt zu beanspruchen – ganz im Gegenteil – der Haushalt wird entlastet. Ihr Wirken ist der „Mörtel“ der unser „Haus der Gemeinschaft“ zusammenhält. Dafür herzlichen Dank – der SPD - des gesamten Rat.

Ich danke für die SPD-Fraktion aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung insgesamt für ihren Einsatz. Insbesondere die kollegiale Zuarbeit von und mit Kämmerer Herbert Willms und seinem Team will ich hervorheben. Menschlich, sachlich und fachlich fundiert, war das auch bei diesen Haushaltsberatungen wieder für uns alle ein Gewinn.

FINANZEN

Der Haushalt 2020 hat die Balance zwischen Erfüllung gesetzlich verpflichtender Aufgaben, notwendigen Grundangeboten der Daseinsfürsorge und der Schwerpunktsetzung von Inhalten auf der Grundlage politischer Implikationen und einem politischen Verständnis von Steuerungswillen vor Ort, zu halten.

Zum ‚Balance halten‘ gehört es auch, Einnahmen und Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen. Und natürlich ist es politische Steuerungsaufgabe den Haushaltsausgleich 2020 zu erreichen. Wir stellen uns unserer Verantwortung und sind bereit die Hebesätze für die Grundsteuer A und B anzuheben. Zusätzliche Einnahmen von rund 600TE , die dringend erforderlich sind. Den CDU Antrag – ab 2022 wieder auf den status quo 2019 zurück zu kommen – stimmen wir als politisches Signal zu. Wohlwissend , es kann alles ganz anders

kommen. Das muss rechtzeitig transparent der Öffentlichkeit kommuniziert und diskutiert werden. „ Stellenplan geändert entsprechend Empfehlung PersA“
 „ Eigene Anstrengungen immer prüfen – Entw PersKosten ...“

Klar ist in jedem Fall, dass der kommunale Spielraum äusserst begrenzt ist. Umso mehr wird deutlich, dass auch Wipperfürth die **überregionale Hilfe** braucht. Vom Land NRW erwarten wir deutlich mehr kommunalfreundliches Handeln – unser Antrag zur Resolution betreffend Kostenerstattung „ Integrationsarbeit/Flüchtlingsunterbringung“ ist dabei nur ein Aspekt und wir erhoffen uns hier parteiübergreifende Unterstützung.

Die Kommunen – Wipperfürth – brauchen aber auch dringend deutliche finanzielle Unterstützung durch den Bund. Die Kommunen brauchen den Altschuldenerlass. Die Kommune ist nicht das Kellergeschoß der Demokratie, sondern die Kommune ist der Pfeiler unseres Gemeinwesens , unserer Demokratie. Um auf die Füße zu kommen, um kommunale Selbstverwaltung nicht nur auf dem Papier zu haben, brauchen wir eine spürbare Entlastung auf Dauer. Gerade in der anhaltenden Finanzsituation des Bundes, so sagen auch konservative Ökonomen zB des Instituts der Deutschen Wirtschaft, ist es ökonomischer Unsinn an der Schwarzen Null derzeit festzuhalten. Die „Monstranz der schwarzen Null“ gehört in die Vitrine, damit unser Gemeinwesen mit lebendigen, investitionsfreudigen und für den Zusammenhalt wirkenden Kommunen sich weiter entwickelt. Wir von der SPD wollen einen starken Staat, eine starke Stadt als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger.

Lassen sie mich ein paar kommunalpolitische Schwerpunktthemen ansprechen.

Familienfreundliches Wipperfürth

Da will ich es auch in diesem Jahr gerne wiederholen. Für uns als SPD gehört ein **Familienfreundliches Wipperfürth** zum Kern sozialdemokratischer Kommunalpolitik.

Bewußt setzen wir daher auch Schwerpunkte kommunaler Ausgaben

- für qualitativ hochwertige Grundschulstandorte mit tollen ÜberMittag/OGS Angeboten (ua mit der Folge von zB höheren Beförderungskosten) kurze Beine - kurze Wege
- für qualifizierte Schulraumangebote mit digitaler Ausstattung, in bedarfsgerechte Übermittagangebote , dazu gehört auch das EvB Gymnasium mit dem gebundenen Ganzttag – Wir freuen uns über steigende Anmeldezahlen und sind nach wie vor von der Richtigkeit der Entscheidungen mit Millionen Investitionen überzeugt. Das alles hat

auch damit zu tun die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, nicht zuletzt für Alleinerziehende zu verbessern.

- Wir freuen uns ebenso über die Beliebtheit der Realschule. Und natürlich haben wir eine exzellente Hauptschule. Für uns ist klar – das Schulzentrum Mühlenberg muss immer als Ganzes gedacht werden – Jetzt und in Zukunft, würden sich die Rahmenbedingungen ändern.
- Ein bedarfsgerechtes Angebot an Kitaplätzen, in jedem betreffenden Alter, ein funktionierendes Tagesmütternetzwerk, qualifizierte und nachfrage- und bedarfsgerechte ÜberMittagangebote, eben weil alle auch als Bildungseinrichtungen zu begreifen sind, sind zentrale Bausteine für den Markenkern Familienfreundlichkeit für Wipperfürth

Und ich füge hinzu : Für die SPD **bleibt es politisches Ziel, eine kostenfreie KiTa ebenso zu verwirklichen wie ein gebührenfreies OGS Angebot.** Und um es nochmals klar zu sagen: Höhere Belastungen der Eltern durch höhere Gebühren scheiden für uns als Instrument aus.

Viele andere Bausteine ließen sich noch für Familienfreundlichkeit erwähnen zB die Angebote der Sport- , Musik- und Kulturvereine –

Klar ist: Ist unsere Stadt unattraktiv für Familien, werden wir noch weiter schrumpfen. Daher gilt es für die SPD Fraktion, dass in vielen Politikfeldern die Familienfreundlichkeit immer mit zu denken und entsprechend politisches Handeln auszurichten ist.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang , es geht um weiche Standortfaktoren, das Thema **Stadtbücherei** ansprechen.

Fakt ist, dass im September 2019 ein vermeindlicher Beschluss von CDU und UWG die Verwaltung dazu veranlasst hat Vorstellungsgespräche für Bewerbungen für die BüchereiLeitung abzusagen. Es gab weder einen Tagesordnungspunkt, geschweige denn einen Beschlußentwurf zur Stellenausschreibung, so auch keinen Beschluß, wohl gab es aber Meinungsäußerungen der Fraktionen unter „Verschiedenes“. Die Auswirkung war fatal – zumal dieser Umstand anscheinend die Verwaltung auch danach in Schockstarre versetzt hat. Gab es zum HH 2019 noch den einstimmigen Beschluß für einen Veränderungsnachweis für die Einstellung von 57 TE für zusätzliche Mietkosten einer neuen Immobilie für die Bücherei an einem anderen stadtnahen Standort, hat die Verwaltung für den HH 2020 auf diese Notwendigkeit leider verzichtet. Sie vollführte somit selbst die zurecht beklagte „Rolle rückwärts“

Sei es drum – das Raumkonzept liegt nun vor und stundenlange Debatten im ASFK ua mit dem hochqualifizierten Fachmann Koslowski zeigten im Grundsatz vielfältige Übereinstimmungen über die Stoßrichtung. Heute gibt's

einen CDU Antrag. Wenn wir diesen Antrag im weitesten Sinn als Bekenntnis für die Neuaufstellung der Bücherei verstehen, dann sollten wir den Beschluss mit Aufträgen an die Verwaltung an den nächsten ASFK überweisen. 1. Verwaltung bereitet vor und legt im besten Fall Beschluß für Anmietung Räume vor 2. Stellenausschreibung wird im ASFK beschlossen – ob Dipl Bibliothekar oder Fachkraft sollte da geklärt werden – in jedem Fall nicht förderschädlich. 3. Inhaltliche Neuausrichtung wird beschlossen – CDU Anregungen, die auch dem Konzeptentsprechen werden unter anderem aufgegriffen –4. Um das finale GO für neue Räume zu ermöglichen braucht es HH -Mittel daher beantragen wir der Logik folgend 57.000.-(40 TE f 2020) in den Veränderungsnachweis einzustellen. Mit diesen Ergänzungen könnten wir dem CDU Antrag folgen.

Stadtentwicklung/Mobilität

Ich möchte einen weiteren Themenkomplex ansprechen. Im weitesten Sinne hat der auch mit Familienfreundliches Wipperfürth zu tun.

Alles das, was mit Bauen, Planen, Wohnen, Lokaler Wirtschaftspolitik , Stadtentwicklung zu tun hat.

Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Sagen und Fragen Was ist? Die erste Frage ist doch – wo finden Familien bezahlbaren Wohnraum? Wo können Familien möglicherweise bauen? Was gibt es für Angebote ? Was hat die Stadt und die stadt eigene Gesellschaft WEG in den letzten Jahren getan, um selbst aktiv zu werden oder Anreize zu schaffen für private Anbieter? Wo finden Unternehmen gewerbliche Flächen in Wipperfürth?

Ich behaupte nicht – es wurde gar nichts getan – aber ich komme zu dem Schluß – deutlich zu wenig wurde initiiert – so der Eindruck . Ich verweise insbesondere auf unsere Anträge 4 und 5. Wir erwarten, dass transparent gemacht wird, was getan wurde und wie die Perspektive ist? Das ist ein Thema von öffentlichem Interesse und nicht geeignet für nicht-öffentliche Sitzungen. Die Öffentlichkeit will zurecht wissen, welche Schritte in Angriff genommen wurden in den letzten 3 Jahren und was vorgesehen ist. Für welche Flächen aus dem FNP im ASB wurden konkret die Eigentümer angesprochen? Ein Mangel an Klassifizierungen im FNP sind nicht zu erkennen. Lyrik hilft nicht weiter, sondern Fakten. Wir müssen uns nach vorne bewegen, Greifbares für die Menschen initiieren. Am Ende muss das Betrachten der Wirklichkeit Ende 2020 zu einem deutlich anderen Ergebnis als Ende 2019 kommen.

Wir brauchen in diesem Prozeß **keine BesserWisser** sondern **BesserMacher**.

Natürlich ist uns der Regionalplanprozeß bekannt. Und auch wissen wir um den Grundsatzbeschuß der Gemeindeentwicklungskonzeption

einschließlich der Dorfentwicklungen für Wipperfürth. Bisher hat sich da noch nicht zuviel getan. Hoffen wir , dass die neue Stellenausschreibung, unbefristet, erfolgreich sein wird. Aus unserer Sicht macht es Sinn auf den Fachbeiträgen – Arbeit – Wohnen - aus dem FNP Prozeß aufzusetzen. Das ist zwar ein paar Jahre her und vieles hat sich verändert , aber es war ein gewissenhafter, qualifizierter Prozeß von dem einige Erkenntnisse auch heute noch Gültigkeit haben werden. „ Regionale 2025 – schön wäre es die Stadtspitze ließe sich bei Veranstaltungen der Regionale auch einmal sehen und würde netzwerken in Sachen Regionale“

Für den Gemeindeentwicklungsprozeß gilt für die SPD: von Anfang an müssen die Bürgerinnen und Bürger eng eingebunden sein – im Stadtkern wie auch in allen Dörfern. Nur gemeinsam können wir unsere Potentiale identifizieren, Akzeptanz herstellen und Entscheidungen auf den Weg bringen, die gebraucht werden, um Menschen es leichter zu machen sich für Wipperfürth als ihr zu Hause zu entscheiden.

Eng verbunden mit der Frage der Stadtentwicklung ist das Thema **Mobilität**. Nehmen wir den ZOB - mehr als 7 Jahre nach dem einstimmigen Beschluss zum INHK, wo der ZOB zentraler Bestandteil ist, haben wir immer noch keine Klarheit, was dort passieren soll. Beschlusslagen gibt's eindeutige seit 2016 – Herr Stefer und ich haben uns in der Unterkommission Verkehr für die Vorfinanzierung durch die Stadt, auf Bitten des Bürgermeisters, erfolgreich eingesetzt – ein umfangreiches Schreiben des Bürgermeisters machte deutlich „ Der ZOB ist unabdingbarer Bestandteil des INHK zur Stärkung der Innenstadt...“ Der ZOB kann nach unserer Auffassung als Mobilitätsstation wesentlicher Bestandteil eines Mobilitätskonzepts sein. Es wird laviert statt gehandelt.

Mobilität ist konkrete Gesellschaftspolitik. Es gab mehrere Initiativen der SPD-Fraktion , des Rates insgesamt, zuletzt der CDU-Fraktion für ein Modellprojekt z Verbesserung der Mobilität/Mosin. Wir schlagen dem Rat heute vor den Startschuss zu geben für die Erarbeitung eines umfassenden Mobilitätskonzept für Wipperfürth. Nicht Reden Handeln ist gefragt.

Und noch eines: Sich innovativ, modern , zukunftsorientiert zu geben, ist das eine. Konkret die gefassten Beschlüsse zu kennen und zeitnah umzusetzen ist das andere. Schnellbuslinie über Wermelskirchen nach Leverkusen – Bestandteil des NVP 2016 ! und sogar der Stellungnahme der Stadt Wipperfürth – aber im September 2019 wollen uns FB Leiter Planen und der Bürgermeister diese Schnellbus als etwas Neues verkaufen. Vom einstimmigen Ratsbeschluss sich für einen Schnellbus B 506 bis Bergisch-Gladbach einzusetzen , ist keine Rede. Kein Wort darüber, was die Stadtführung unternommen hat, hierfür Verbündete zu finden. Aus Zeitgründen verzichte ich weitere Beispiele für Lavieren oder Schleifen-lassen beim Thema Mobilität durch die Verwaltungsspitze aufzuzählen. Die SPD erwartet, dass sie

erst einmal ihre Hausaufgaben machen und gefasste Beschlüsse abarbeiten. Bessere Mobilität brauchen die Menschen jetzt! **in konkreten Mobilitätsverbindungen und – angeboten.** „Tickets für den Express auf Wolke 7“ anzupreisen, mögen nett für Karnevalslacher sein, aber mit den realen Problemen der Menschen, geschweige denn konkreten ProblemLösungen, hat das nichts zu tun. Naheliegendes :Nehmen wir die S-Bahn Verlängerung von BG bis Kürten – ein alter Hut schon im vorletzten NVP x Jahre wenn nicht Jahrzehnte her , auch von Wipperfürth gefordert – Und was ist daraus geworden ? Nichts bis heute – auch weil es keine Trasse gibt. Radweg von Spitze bis Herkenrath – bis heute keine Trasse gesichert ...Das sind Beispiele aus der Lebenswirklichkeit...diese anzupacken und einer Realisierung näher zu bringen, wäre zielführend..

INHK/ Citymanagement/Wirtschaftsförderung

Das INHK geht aufs Finale zu. Wir freuen uns , wenn am 9. Mai der Marktplatz und Umgebung komplett der Öffentlichkeit übergeben werden kann. Nebenbei die plötzliche Terminänderung Es wäre als nicht unhöflich empfunden worden wäre der Termin abgestimmt worden – ist es doch ein gemeinsames Projekt - Der Prozeß und die Millionen Investitionen haben sich gelohnt.

Schön ists geworden. Der Mehrwert einer Auto ärmeren Stadt wird an Zustimmung gewinnen. Rücksichtslosen Autofahrern, die Fussgänger auf dem Gehweg bedrohen, muss konsequent begegnet – Falsch parken muss geahndet werden -ggffls könnten wie in Arnsberg Mobile Blumenkübel installiert werden.

Wipperfürth wird zu neuer Kraft und Attraktivität in der Region zurück finden. Innenstadtnahes Wohnen kann zudem eine zusätzliche Perspektive für den schönen Bestand an Immobilien in der Innenstadt werden . Die Diskussion um die Gestaltungssatzung Innenstadt (übrigens 2014 ein Antrag der SPD) muss die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen, um sie von der Richtigkeit des Projekts zu überzeugen.

Einige bedeutende Maßnahmen stehen noch aus:

Kreisverkehre vor der Polizei, beim Blechmann (außerhalb des INHK) , Stursbergsecke und besonders der ZOB, und ich will auch dieses Mal nicht unerwähnt lassen, dass ein Kreisverkehr an der Gaulstraße/Ringstraße perspektivisch ins Auge gefasst werden muss. Avisierte studentische Unterstützung ist hier sehr willkommen.

Äußert erfreut bin ich, dass der Vorschlag der SPD ein **Behindertengerechtes öffentliches barrierefreies WC** zu schaffen, auf fruchtbaren Boden gestoßen ist. Wir können nicht auf ewig warten bis sich am Surgeres Platz etwas tut oder nicht. Zu einer attraktiven Innenstadt gehört eben auch eine entsprechende Toilettenanlage. Wir erwarten allerdings, dass zügig geplant und umgesetzt wird.

Gut und richtig ist es, wenn über das INHK entsprechende Öffentlichkeitsarbeit betrieben wird. Die Menschen müssen wissen, was soll wann passieren? was ändert sich? wo stehen wir? ... Dass hier auch unnötiges Geld ausgegeben wurde, will ich nicht weiter vertiefen. Allerdings soll der im Zusammenhang mit der Öffarbeit INHK vergebene zweite Imagefilm nicht unerwähnt bleiben. Ich will hier gar nicht bewerten, ob der sicherlich professionelle Film, dringend gebraucht wurde oder nicht. Bemerkenswert finde ich allerdings, dass Sie Herr Bürgermeister **drei bis vier Anläufe** brauchten, um meine einfache Frage, aus welchen HH-Mitteln der Film bezahlt wurde, zu beantworten. In einer Mail am 16.12.19 an mich heißt es „wurde aus Mitteln für die Gemeindeentwicklungsstrategie bezahlt.“ Den Film verstehen wir als eine Art Überleitung vom InHK in Richtung Gemeindeentwicklungsstrategie. In der BLZ vom 2.1.20 lässt sich der Bürgermeister zitieren „Finanziert aus dem Budget Öffentlichkeitsarbeit“; in der HH Beratung der SPD am 10.1.20 fragte ich erneut – Antwort: „INHK Öffentlichkeitsarbeit“. Die Recherche ergab – weder beim INHK Öffentlichkeitsarbeit noch bei der Gemeindeentwicklungsstrategie findet sich auch nur 1 Cent in der Ausgabe hierfür. Der dann dritte/vierte Erklärungsversuch mit Mail Anfang Februar ergab dann: Finanzierung auf dem „Produkt „Verwaltungsführung“ / Sachkonto „andere sonstige Geschäftsaufwendungen“.

Strukturiertes Verwaltungshandeln ist anders – wenn Sie 2.5 Monate brauchen um eine einfache Frage korrekt zu beantworten, hat das nichts mit Haushaltsklarheit und -wahrheit zu tun. Haushaltsstellen sind eben nicht beliebig und es ist eben nicht alles „Sonstiges“

Citymanagement – Leerstandsmanagement – Geschäfte in der Stadt Kooperation mit dem Handel

In puncto Citymanagement stelle ich nicht in Abrede, dass es Engagement insbesondere von Frau Causemann gibt. Dennoch dürfen wir da nicht stehen bleiben. Ich verweise auf unseren haushaltsbegleitenden Antrag Nummer 2. Gerade vor dem Hintergrund des aufgelösten ESW, wo sich die „selbsternannten Heilsbringer“ von gestern aus der Verantwortung gestohlen haben, ist es um so wichtiger hier strukturiert vorzugehen und den Handel zu stärken und Handlungsstrategien zu entwickeln, um eben auch den Einkaufsstandort Wipperfürth wieder in Kombination mit der gesteigerten Verweilattraktivität zu stärken. Runder Tisch – Erfahrung von außen sind hier nur zwei Stichwörter.

Ob Tourismus, Citymanagement, Wirtschaftsförderung oder Klimaschutz, dem wir ja alle deutlich höhere Priorität im Handeln beimessen wollen und werden, stehen im Zusammenhang mit der Wipperfürth eigenen Entwicklungsgesellschaft – WEG. Ich will nicht grundsätzlich hieran rütteln.

Das kann auch weiterhin richtig sein. Allerdings muss schon sicher gestellt sein, dass der Hauptgeldgeber – weitere Gesellschafter haben wir ja (noch) nicht gefunden – Hauptgeldgeber ist der Rat der Stadt Wipperfürth insgesamt weiß, was getan wird.: die „parlamentarische“ Kontrolle muss gegeben sein – daher muss zeitnah über die Aktivitäten, die Vorhaben informiert sein – der Bündelungsausschuß hierfür ist der Haupt- und Finanzausschuß.

Stadt als Dienstleister - Maxime ist: Wir WOLLEN und Wir MACHEN

Ein andere Aspekt ist noch das Thema - Die Stadt als Dienstleister. Der Gedanke muss sich noch mehr durchsetzen. Die Stadt als Servicestelle für die Bürger*innen- Nehmen wir zB die Öffnungszeiten von WLS Bad, des Standesamt und in Zukunft wieder der Bücherei. Diese Bürgerangebote müssen zB dann offen sein, wenn die potentiellen Kunden, die Nutzer frei haben.

Und auch meine ich das Bauamt genauer die Baugenehmigungsbehörde Wir werden in nächster Zeit das Thema ‚Bauamt Servicestelle für die Bürger*innen‘ im Ausschuss noch einmal aufgreifen. Wir wollen wissen , was ist besser geworden und wo gibt's noch Schwachstellen?

Der jüngste „Digitalisierungscoup“ mit dem Digitalen Grabfinder in Verbindung eines reißerischen Presseauftritt des Bürgermeisters, endete peinlich. Verkauft wurde das Ganze als “ Teil der Wipperfürther Digitalstrategie... als deutschlandweiter Vorreiter“... ein Vorteil für die Bürger*innen. Gut , das mag jeder für sich selbst entscheiden, ob er den digitalen Grabfinder braucht, um das Grab seiner Verstorbenen auf dem Friedhof zu finden. Bemerkenswert finde ich allerdings schon, dass sich , erst auf Nachfrage, herausstellt, dass diese Veranstaltung rund 13.000.- Euro kostet . Ab 2021 , wenn auch mit geringem Anteil, sich sogar auf die Gebühren auswirkt. Wenn ein solches System zwingend ist für die Friedhofsverwaltung, dann ist das so, aber dann kann man das auch so direkt kommunizieren, ohne großes Presse Tam Tam und nicht so tun als sei das quasi extra zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger entwickelt worden .

Was die **Digitalisierung** der Stadt insgesamt angeht, bitten wir darum in der nächsten Sitzungen des HFA darüber zu informieren wie der Stand der Digitalisierung in der Verwaltung selbst ist? Wie sieht die **Digitalisierungsstrategie** über farbige Beleuchtung und Grabfinder hinaus aus? Sind Hard- und Software auf dem neuesten Stand? Gibt es Spezialsoftware und wie steht es um die Anwenderseite? Gibt's hinreichend viele Schulungen und Fortbildungen und anderes mehr ...

Zum Thema Dienstleister gehört selbstverständlich auch das **RGM**. Wir hatten auch im angelaufenen Jahr oftmals das RGM und ihr Handeln oder besser gesagt Nicht-Handeln auf der Tagesordnung. Ich will das nicht alles

wiederholen. Ausdrücklich will ich betonen, dass ich Herrn Raabe, der stets bemüht und engagiert ist von der Kritik ausdrücklich ausnehme.

Ich bin eben nicht der Auffassung, dass wir auf einem guten Weg sind. Altes Seminar und Antonius Schule sind zwei aktuelle Beispiele, die leider erneut entgegen gebrachtes Vertrauen maßlos enttäuschen. Wir von der Politik haben mehrfach unsere Bereitschaft zum Gespräch dokumentiert. Die RGM Chefetage schafft es aber immer wieder das RGM ins Gerede zu bringen.

Für meine Fraktion lasse ich allerdings keinen Zweifel daran, dass die Interkommunale Zusammenarbeit auf dem Prüfstand steht. Die Verantwortlichen des RGM müssen beweisen, dass sie verlässliche Dienstleistung für Wipperfürth auch wirklich können. Stellenweise dilettantisches Vorgehen hat uns schon viel Geld gekostet. Der neue Rat muss für sich analysieren, ob die Hauptsynergie in mehr Ärger, Zeitverzügen und höheren Kosten besteht oder diese Interkommunale Zusammenarbeit tatsächlich den gewünschten Mehrwert hat. Unsere Erwartung ist eineindeutig – wir brauchen vertrauensbildende Maßnahmen und verlässliches Handeln – nicht Morgen oder Übermorgen, sondern sofort muss sich das RGM beweisen. „Bei der Vielzahl an Projekten und Notwendigkeiten der Investitionen in die Infrastruktur – eben auch unter Effizienz/Klimaschutzaspekten – hat das RGM genügend Chancen sich zu bewähren ..“

Schluss

Einige Schwerpunktthemen konnten nur angerissen werden. Familienfreundlichkeit, Stadtentwicklung, Mobilität ...Ich lege Ihnen die Unterstützung unserer Anträge ausdrücklich nahe.

Die SPD-Fraktion ist auch weiterhin bereit in schwieriger Zeit Verantwortung mit zu übernehmen. Wir stimmen dem Haushalt mit den Hebesatzerhöhungen zu. Das ist ein konkreter Beitrag für den Zusammenhalt in unserer Stadt und bei vieler Kritik am Verwaltungshandeln, ist eben auch ein Schulterschluss mit der Verwaltung. Natürlich verbunden mit der Erwartung, dass sich Vieles zum Besseren ändert. Wir haben nämlich kein Beschluss sondern wir haben ein Umsetzungsdefizit.

Und lassen Sie mich ganz zum Schluss an uns alle appellieren.

Kein Fingerbreit den Feinden der Demokratie, den Rassisten, denen die Hass und populistische Zwietracht sähen, die die unser Gemeinwesen, unsere Demokratie zerstören wollen – Hier muss sich ZUSAMMENHALT in der Praxis erweisen – jede Sekunde, jede Minute, jeden Tag, das ganze Jahr über.

Bei allen Meinungsverschiedenheiten in der Sache. Hier müssen wir Demokratinnen und Demokraten zusammen stehen. Für den Zusammenhalt in Wipperfürth

Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



UWG Haushaltsrede 2020

Herr Bürgermeister von Rekowski,

meine Damen und Herren des Rates, der Haushaltsentwurf und dessen Beratung ist alljährlich Anlass einzelne Sichtweisen zu vermitteln.

Aus Sicht der UWG ist dieses Planwerk / das Haushaltsbuch ein Ausdruck von Klarheit und Wahrheit!!

Es wäre also falsch so zu tun, als seien die Kostensteigerungen durch Kompensationen zu negieren.

Wir alle erleben Kostensteigerungen wie Tariferhöhungen, Kostenexplosion beim Hoch- und Tiefbau aber auch die Erhöhung von Anforderungen im Brandschutz und der Substanzerhaltung.

All diese Kosten lassen sich nicht nur durch Einsparungen auffangen.

Hier gehört es zur Klarheit und Wahrheit, das auch eine Stadt wie Wipperfürth auf der Einnahmenseite die Möglichkeiten ausschöpft, die ihr gegeben sind.

Nach der Ablehnung der bereits für 2019 moderat geplanten Steuererhöhung durch den Rat ist daher die für 2020 geplante Erhöhung bei den Steuersätzen nur logisch und fast schon zwangsläufig.

Alles andere wäre unredlich und Augenwischerei dem Bürger unserer Stadt gegenüber.

Kommen wir aber zu einzelnen Themen:

ASS>> Thema Schule:

Ja wir sind Schulstadt, ja wir alle wollen unseren Kindern die bestmögliche Schulinfrastruktur und Ausbildungsmöglichkeiten bieten.

Dafür müssen wir aber auch die Gebäude und Räumlichkeiten ordentlich unterhalten. Durch das HSK sind wir allzu oft verleitet gewesen, Reparaturen, Instandhaltungen oder Anpassungen an die pädagogischen Anforderungen vor uns her zu schieben.

Dass sich das rächt, wird uns immer wieder vor Augen geführt, wenn wie aktuell einzelne Schulen in Augenschein genommen werden.

So sind der Aufwand bei der Konrad-Adenauer Hauptschule, die Sanierung des EvB und die Sanierung oder Neubau der Grundschule Agathaberg klassische Beispiele für Kosten in Millionenhöhe die von der Stadt, uns Bürgern getragen werden müssen.

Gerade bei der Grundschule Agathaberg wird sich zeigen, ob wir zukunftsorientiert handeln können. Denn neben den Kosten ist auch die Art der Umsetzung ein Kraftakt, den wir alle und damit meine ich auch die Bürger von Agathaberg und die Eltern der Schüler stemmen müssen/ stemmen wollen.

Thema Soziales:

Nach der Flüchtlingskrise, die wir aus Sicht der UWG recht gut gemeistert haben, kommt das Thema Integration und Inklusion immer mehr beim Bürger an. Nicht nur der Arbeitskräftemangel forciert die Integration. Auch der demographische Wandel lässt das Thema Inklusion einen größeren Raum einnehmen.

Daher ist die UWG stolz darauf in 2018 den Inklusionsbeirat eingefordert und sie alle der Gründung des Inklusionsbeirates zugestimmt haben.

Durch dieses Gremium werden wir alle, incl. Verwaltung, nochmals sensibilisiert, was älter werdende Menschen und Menschen mit Beeinträchtigung brauchen, um gleichberechtigt am Leben teilhaben zu können.

Die Verwaltung ist gut beraten, wenn sie diesem Thema mehr Aufmerksamkeit schenkt, als nur zwei kleine Produktkennziffern auf Seite 13 des HS. So versteckt wie dies in diesem Zahlenwerk ist, so enttäuscht müssen die Aktiven sein, wenn sie das erkennen.

Da genießt jeder Mähroboter mehr Aufmerksamkeit, als das aktuell wichtige Thema: Inklusion oder ganz allgemein Teilhabe.

SFK>> Thema Kultur

Das Jahr 2019 war bestimmt durch die Diskussion über und mit der Bürgerstiftung und dem Objekt der Alten Drahtzieherei GmbH. Es gab eine Änderung der langjährigen Geschäftsführung und viele Gespräche zur finanziellen Lage. Ich glaube hier nichts Neues zu sagen, das der Geldfluss von der Stadt in Richtung Bürgerstiftung eine freiwillige Ausgabe ist.

Diese freiwilligen Leistungen sind begrenzt und unterliegen der Haushaltsgenehmigung. Daher ist der Betrag der freiwilligen Leistungen für Schwimmbad, Bürgerstiftung und Bücherei mit Bedacht zu verteilen. Der Geldfluss an die Bürgerstiftung ist eng mit der Förderbindung aus den Gründerjahren verbunden. Erst wenn die Förderbindung nicht mehr besteht wird man sich nochmals über das Konzept unterhalten müssen. Wir alle wissen, dass Kultur ein hohes Gut ist, welches uns auch Geld kostet.

Thema Bücherei

Verwirrungen gab es in der Diskussion über die Stadtbibliothek, verschiedene Konzepte über die zukünftige Gestaltung / Ausrichtung wurden erstellt. Die Bibliothek ist eine Einrichtung die freiwillig finanziert wird. Daher ist eine Neugestaltung immer mit der Sicht auf Nachhaltigkeit hinsichtlich der künftigen Anforderungen an eine Bücherei und auch der Unterhaltungskosten zu wählen. Klar ist, das wir alle eine Bücherei in Wipperfürth wollen, nur über den Umfang, Art und Weise müssen wir noch entscheiden. Hier sind Schnellschüsse und Luftschlösser nicht angebracht.

Hinweisen möchten wir auf den Antrag / die Anfrage der UWG zur SFK; dieser sollte bei der Entscheidungsfindung nach wie vor berücksichtigt werden.

ASU>> Thema Stadtentwicklung

Die Stadtentwicklung der letzten Jahre ist und war durch das InHk geprägt. In 2012 haben wir uns alle für den Umbau der Stadt entschieden. Entwürfe und Pläne wurden durch Fachpersonal und Politik beraten und entschieden.

Wir alle stehen zu den damaligen Beschlüssen.

Es ist unredlich die Fehler und Schwächen alle der Verwaltung und dem Bürgermeister zuzusprechen.

Wir alle sind Räder im Getriebe der Planung und Umsetzung und somit für die Guten und fehlerhaften Ergebnisse zuständig bzw. mit verantwortlich.

Warum sage ich fehlerhaft? Weil wir alle Menschen sind und keine Maschinen. Menschen können Fehler machen auch bei der Umsetzung und Gestaltung dieses Projekts.

Auch wir von der UWG hätten gerne die eine oder andere Lösung anders gestaltet. Demokratische Prozesse erfordern nun mal Entscheidungen. Die Erkenntnis nach Fertigstellung lassen einen Fehler in der Zukunft vermeiden. Wir alle lernen auch aus Fehlern.

Wir, die UWG hätten uns gewünscht, dass mehr taktile Elemente verbaut werden, dass sich die Parkflächen besser in der Farbgestaltung abheben. Inklusion im Stadtumbau sieht nach unserer Meinung anders aus. Viele inklusive Belange hätten bereits bei der Planung berücksichtigt werden müssen.

Inklusive Maßnahmen sollten in Zukunft mehr bedacht werden. Hier wäre ein qualifizierter fachlicher Rat viel Wert gewesen.

So ist das Ergebnis des Stadtumbaus gut, aber sicherlich hier und da noch zu verbessern. Inzwischen sprechen vermehrt Bürger/innen der Stadt von der schönen Gestaltung der Innenstadt.

Wie gesagt Menschen machen Fehler und aus Fehlern zu lernen zeigt Größe.

Aktuell wird über den ZOB beraten, wie man vielfach hörte sind verschiedene Entwürfe im Gespräch. Ausgehend von einer Minimallösung bis hin zu einer umfangreichen Planung.

Noch Mitte 2019 konnten wir im Fachausschuss erfahren wie schwierig es ist alle Player an den Tisch zu bekommen, um eine gemeinsame Lösung zu verfolgen.

Wenn man dann noch die Option der Regionale 2025 ins Kalkül zieht, wird es ganz unübersichtlich.

Hier sollten wir uns doch mal zurücknehmen und überlegen was dem Wipperfürther dienlich ist. Eine Mobilitätsdrehzscheibe mit vielen Sondereinrichtungen aber keinen Parkplatz zum Andienen der Fahrgäste, oder eine Lösung die für die nächsten Jahre die wichtigen Funktionen sichert.

Gerade in der Verkehrstechnik, ich könnte auch Mobilität sagen, wissen wir nicht was noch alles entwickelt wird, die Halbwertszeit ist in diesem Feld gering.

Was wir heute planen kann übermorgen schon falsch sein, somit ist gerade der Kostenumfang mit Bedacht zu bestimmen.

Komme ich zum Thema der Gesellschaftspolitik!

Ende 2019 war in den Medien vielfach von der Verrohung unserer Gesellschaft die Rede.

Selbst unser Bundespräsident ging in seiner Weihnachtsansprache auf diese Thema ein.

Verrohung fängt bei der Wortwahl der Bürger untereinander an.

Die UWG steht in diesem Zusammenhang für Respekt und Wertschätzung.

Warum komme ich dazu?

Wie Sie in der BLZ vom 19.2.2020 lesen konnten wurde ich nach meiner Meinung zum Rücktritt von Herrn von Rekowski befragt.

Die Kollegen sprachen mich auf diesen Artikel an, um von mir hierzu eine weitere Erklärung zu erfahren.

Dazu bin ich gerne bereit.

Was wir in den letzten Jahren hier in diesem Rat erleben, ist aus meiner Sicht und so ist mein Eindruck, eine Verrohung im Umgang mit dem Amt des Bürgermeisters.

Wir haben einen guten Bürgermeister und der Bürger von Wipperfürth hat Michael von Rekowski in dieses Amt gewählt.

Und diesen Wählerwillen haben wir zu würdigen.

Der BM ist ein Mensch mit Stärken und Schwächen, wie jeder von Ihnen.

Und das Produkt das aus dieser Aufgabe entsteht ist nur so gut wie die Mannschaft um dieses Amt herum.

Die Gesellschaft möchte keine Automaten als Entscheider, sie möchte Menschen ggf. mit Ecken und Kanten. Und nicht weichgespülte Menschen die wie Marionetten fremdgesteuert sind/werden.

Wir haben einen guten Bürgermeister, der sich vor seine Mannschaft stellt, der auch mal querdenkt, der auch mal einen raushaut, um das Gespräch zu starten. All dies erwarten wir auch von einem guten BM.

Doch was hier in den letzten Monaten in der Öffentlichkeit von dieser Groko geäußert und betrieben wird, entspricht aus meiner Sicht nicht dem Eid eines Ratsvertreters.

Vielfach hatte man den Eindruck, dass man im Schulterchluss mit der Presse nur einen Kontrahenten hätte.

Dies ist einem Mandatsträger unwürdig.

Der Umgang mit dem Bürgermeister, mit dem Menschen, hat sich gravierend geändert und dies habe ich in dem Artikel der BLZ gemeint.

Gewiss jeder kann seine eigene Sicht der Dinge haben, auch im Bezug auf die Wortwahl, es ist aber unsere Gesellschaft, unsere Demokratie und unsere demokratische Politik die darunter leidet.

Hier sollten sich alle einmal zurücknehmen und ihren Umgang mit dem 1. Bürger dieser Stadt überdenken. Denn am Ende verlieren wir alle, das Image der Stadt, das Image des Amtes und die Politik, denn die Politikverdrossenheit wird dadurch nur gestärkt.

In diesem Sinne hoffe ich auf das Gute im Menschen und wünsche uns allen eine faire und konstruktive Zusammenarbeit in der kommenden Zeit.

Im Namen der UWG bedanke ich mich bei allen ehrenamtlich Tätigen, denn nur durch sie wird vieles möglich,

ich bedanke mich beim 1. Bürger dieser Stadt, Herrn M. von Rekowski für seine Mithilfe bei den polit. Beratungen,

ich bedanke mich beim Stadtkämmerer und dessen Mannschaft bei den HS-Beratungen,

8

sowie bei allen städtischen Mitarbeitern, die uns bei der Ratsarbeit und den Fachausschüssen unterstützt haben und hoffe auf gutes Gelingen in 2020.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

H.Koppelberg

03.03.2020



Haushaltsrede 2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister von Rekowski, verehrte Bürgerinnen und Bürger, Kolleginnen und Kollegen im Rat, heute ist es wichtiger denn je, all denen zu danken, die sich mit ihrem ehrenamtlichen Engagement für unsere Gesellschaft und unsere Stadt einsetzen. Ob in Sport, Freizeit oder Kultur, in der Feuerwehr, bei der DLRG um nur einige Bereiche exemplarisch zu nennen. Diesen Menschen sagen wir: DANKE! Bitte setzen Sie ihr Engagement fort und begeistern Sie die Mitbürgerinnen und Mitbürger für's Mitmachen. In Zeiten von anonymen Hassmails, Bedrohungen an Leib und Leben und populistischen Redenschwingern brauchen wir das menschliche, ökologische und zukunftsorientierte Miteinander. Wir sollten uns mit gegenseitigem Respekt begegnen und behandeln. Stehen wir zusammen für eine offene, demokratische Gesellschaft. Demokratie ist kein Selbstläufer!

Bündnis 90 / Die Grünen haben sich einem nachhaltigen und verantwortungsvollen Umgang mit den Ressourcen der Stadt verpflichtet. Der Haushalt 2020 ist leider, aus unserer Sicht, immer noch nicht nachhaltig und fit für die Zukunft. Das liegt zum größten Teil an der unveränderten Situation der nicht auskömmlichen Finanzausstattung durch die Bundes- und Landesregierung. Durch Kürzungen in vielen Budgets und der Erhöhung der Grundsteuer A und B wird uns ein hauchdünner Haushaltsausgleich vorgestellt. In der Hoffnung diesen Ausgleich über das Jahr zu retten und damit die Haushaltshoheit zurück

zu erlangen, wird dieser Haushalt mehrheitlich von den Mitgliedern des Rates der Hansestadt Wipperfürth akzeptiert.

Nicht so von uns!

Der Haushalt wird vom Rat verabschiedet, inklusive dem Stellenplan. Die Mehrheitsfraktionen hätten hier jeden Verhandlungsspielraum nutzen können um den Haushalt ihren Vorstellungen entsprechend anzupassen.

Wir erkennen den Versuch der Verwaltung, handlungsfähig und unabhängig von dem Haushaltssicherungskonzept zu werden, an. Dies unterstützen wir ausdrücklich und darum sind uns folgende Punkte besonders wichtig:

- 1.) Durch die Kürzungen in der Substanzerhaltung werden dringend benötigte Sanierungen in die Zukunft, sprich auf nachfolgende Generationen verschoben. Folge: Ein fortschreitender Verzehr des Eigenkapitals! Wir können keine nachhaltige Strategie erkennen! Es werden die Baustellen bedient, die am lautesten schreien. Insbesondere unsere Schulen haben in den letzten Jahren darunter gelitten. Der runde Tisch am kommenden Donnerstag ist, in Blick auf die Schulen, ein erster richtiger Aufschlag! Ein modernes Gebäudemanagement vom Neubau, über eine gute Substanzerhaltung, sprich regelmäßige Renovierungen, bis hin zur kompletten Sanierung oder rechtzeitigen Ersatzbeschaffung muss implementiert werden. Dies gilt auch für unsere Straßen. Viele Wirtschaftswege sind in den 1950er und 1960er Jahren asphaltiert worden. Sie genügen heutigen Ansprüchen kaum noch. Der Ausbau nach Bundesbaugesetz, und die Sanierungen nach Kommunalabgabengesetz sind in unseren Siedlungen zum

Erliegen gekommen. Der Lösungsvorschlag vom Land dümpelt vor sich hin. Die Zeit arbeitet auch hier gegen uns. Wenigstens das Programm „Gute Schule“ läuft halbwegs. Deshalb muss der Ansatz für die Substanzerhaltung deutlich erhöht werden.

2.) Der Klimawandel hat uns endgültig eingeholt. Trotzdem beantragt die CDU die Ablehnung des Klimanotstandes! Vielleicht ein Eigentor. Der Verwaltungsvorschlag war ein tragfähiger Kompromiss. Durch die langersehnte Besetzung der Stelle der Klimaschutzmanagerin sind wir jetzt endlich einen Schritt weiter gekommen. Viele Dinge sind liegengeblieben, wir setzen auf eine zügige Abarbeitung des integrierten Klimaschutzkonzeptes. Vorschläge gibt es genug. Ein erster konnte eben unter Tagesordnungspunkt 1.4.3. auf den Weg gebracht werden. Hier offenbart sich, dass bei der Umsetzung der Wipperfürther Bauprojekte durch das RGM eine deutlichere Aufgabenstellung erfolgen muss. Leider wurde auch das Budget für den Klimaschutz gekürzt. Unsere neue Klimaschutzmanagerin wird Ausdauer beweisen müssen. Klimaschutz ist der Maßstab unseres Handelns. Ich hege die Hoffnung, dass unsere Kinder mit der „Friday for Future“ Bewegung auch tatsächlich Verantwortung übernehmen. Vielleicht verringert sich dadurch der Elternspezialverkehr an den Schulen und Kindergärten.

3.) Pläne und Konzepte sind eine tolle Sache. Es kommt darauf an, wie sie umgesetzt werden. Ob Kindergartenbedarfs- und Schulentwicklungsplan, Raumkonzepte für Schulen und Verwaltung, Personal- und Friedhofsentwicklungskonzept. Alles prima? Mitnichten! Die Erkenntnisse aus diesen Konzepten ermöglichen eine strategische Entwicklung von Wipperfürth zu

generieren. Wohin wollen wir und was können wir uns tatsächlich leisten? Welche Projekte gehen wir an? Dann gibt es auch noch Verkehrs- und Radwegekonzepte! Vielleicht lernen wir daraus öfters mal mit dem Rad zu fahren oder den ÖPNV zu benutzen. Mobilität wird uns auch zukünftig beschäftigen. Pläne für eine Südumgehung finden sich nicht in den Konzepten!

4.) Der Umbau der Innenstadt ist auf der Zielgeraden angekommen. Der fast fertig gestellte Marktplatz vermittelt schon sehr gut die zukünftige Aufenthaltsqualität. Wir freuen uns darauf und hoffen auf gutes Wetter zur offiziellen Eröffnung. Dann muss auch zeitnah die endgültige Sperrung für den Individualverkehr beim DM erfolgen.

Die abschließenden Bauabschnitte „An der Stursbergs-Ecke / Untere Straße“, werden dann bis Mitte 2021 umgesetzt. Durch den Bau eines großen Regenwasserkanals in der Unteren Straße kann die Verwaltung einen Knackpunkt bei der Vorsorge um Starkregenereignisse entschärfen.

Eine große Herausforderung wird der Umbau des Zentralen Omnibusbahnhofs. Hier setzen wir auf eine zukunftsfähige Lösung. Die neuen Mobilitätskonzepte sind zwingend zu berücksichtigen! Viele Akteure spielen im Hintergrund eine wichtige Rolle, auch bei der Finanzierung. Förderrichtlinien der unterschiedlichsten Fördertöpfe wollen unter einen Hut gebracht werden. Eigenmittel müssen bereitgestellt werden. Welche Aus- oder Umbauvariante letztlich zur Ausführung kommt, muss für eine breite Mehrheit tragfähig sein. Ein transparentes Verfahren stellt dies sicher. Die Kommunikation mit der Bürgerschaft wird eine große Herausforderung.

5.) Bei den Flächen für Gewerbe und Industrie ist das Gespräch mit den Eigentümern von Alt- und Brachstandorten zu suchen. Hier kann durch Tausch, Reaktivierung und Verlegung von Betrieben ein großes Potential gehoben werden. Mit einem maßgeschneiderten Planungsrecht versehen, werden so attraktive Standorte in eine vorhandene Infrastruktur eingebunden - auch mehrgeschossig. Die ressourcenschonende Weiterentwicklung der vorhandenen Flächen muss Vorrang haben vor neuen Flächen auf der grünen Wiese. Gleiches gilt für Wohnbauflächen. Durch die Schaffung von kleineren, barrierefreien Wohneinheiten an zentraler Stelle könnten ältere und vielleicht alleinstehende Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer bewogen werden, ihre angestammten Wohnungen oder Häuser an nachfolgende Generationen zu übergeben. Viele vernünftige Lösungen sind hier denkbar. Eine realistische Bewertung der Immobilie, und die Möglichkeit jungen Familien aus dem Ort eine Perspektive zu bieten, sind unser Ziel - im Zentrum und auf den Dörfern. Die Stadtverwaltung dient als Vermittler zwischen den Generationen. Dies ist eine demographische Herausforderung!

6.) Die weichen Standortfaktoren rücken zukünftig noch mehr in den Vordergrund. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie deren Familien wollen wir ein vielfältiges Angebot an Sport, Freizeit und Kultur sowie ein geselliges Vereinsleben für Jung und Alt bieten. Die Kulturstiftung „Wir Wipperfürther“ mit der „Drahtzieherei“ und den anderen Säulen ist unverzichtbar. Hier nochmal ein Dank an alle Wipperfürther Gruppen und Vereine. Eine umfassende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung vom Kleinstkind bis zu den Jugendlichen gehört ebenso dazu. Flexible

und verlässliche Betreuungsangebote bieten Familien und den ortsansässigen Unternehmen Planungssicherheit. Dies stärkt den Gewerbestandort Wipperfürth!

Sowohl für die Unternehmen als auch für die Bürgerinnen und Bürger ist der voranschreitende Breitbandausbau ein immer wichtiger werdender Standortfaktor.

7.) Da das InHK bautechnisch fast am Ziel angelangt ist, wird sich der Einzelhandel auch den neuen Herausforderungen stellen müssen. Eine funktionierende Nachfolgeorganisation zum ESW ist dringend erforderlich. Frische Ideen sind gefragt. Der Gestaltungsleitfaden und die Gestaltungssatzung geben einen Rahmen vor, den Ladeninhaber und Grundstückseigentümer ausfüllen können. Grundstücksübergreifende, großzügige Ladenlokale könnten realisiert werden.

Moderate Mieten sind lebenswichtig für einen vitalen Einzelhandel. Mietpreise wie in Kölns Innenstadtlagen sind nicht mehr zeitgemäß. Wir fordern ein stärkeres und präsenteres Citymanagement, zu dem ebenfalls das Ladenleerstandsmanagement gehört!

Die Stadtbücherei gehört in die Innenstadt. Ein modernes Erscheinungsbild als Treffpunkt für soziale Kontakte und Lern- und Wissensstandort ist angesagt. Dafür muss es qualifiziertes Fachpersonal geben, um Qualität und attraktive Öffnungszeiten realisieren zu können. Die Stellenausschreibung für den Diplombibliothekar wurde gestoppt, der Haushaltsansatz für eine Anmietung von Räumen fiel dem Sparzwang zum Opfer. Dies ist gegen unseren Willen geschehen. Wir protestieren erneut!

Auch die BEW muss ihre neuen Geschäftsfelder ebenfalls in der

Innenstadt präsentieren. Die Wipperfürther Aufsichtsratsmitglieder dürfen da ihren Einfluss geltend machen.

Das Stadt-Marketing und die Tourismusaktivitäten sind jetzt am Marktplatz verortet. Eine gute Entscheidung, die mit Leben gefüllt werden muss! Wir sind auf die Ergebnisse gespannt.

8.) Die interkommunale Zusammenarbeit mit Hückeswagen muss weiter ausgebaut werden. Viele Geschäftsfelder können in einer gemeinsamen Verwaltung besser bearbeitet werden.

Synergieeffekte bei Personal-, Investitions- und Materialkosten sind durch die bestehenden Vereinbarungen ersichtlich. Klare Aufgaben und Ziele steuern den Ablauf in den gemeinsamen Ämtern. Probleme wie zuletzt beim RGM dürfen sich nicht wiederholen. Dafür müssen die Verwaltungsvorstände und Lenkungsorgane sorgen. Weitere Nachbarkommunen haben eventuell auch Interesse an einer Zusammenarbeit.

Wir fordern endlich eine vernünftige und nachhaltige Finanzierung der städtischen Aufgaben. Es muss eine gerechtere Verteilung der gesamten Steuereinnahmen geben. Dieses strukturelle Problem kann unser Kämmerer mit seinem Team genauso wenig lösen, wie der Stadtrat oder der Bürgermeister. Trotzdem muss es mittelfristig eine landes- oder bundesweite Lösung geben. Auf Grund der oben genannten Tatsachen ist der Haushalt nicht nachhaltig und zukunftsorientiert. Wir lehnen ihn erneut ab! Aber: die Stadt muss handlungsfähig bleiben, dazu stehen wir!

Die gemeinsame, offene und unvoreingenommene Auseinandersetzung aller rechtsstaatlichen Parteien wird die Wipperfürther-Themen zum Erfolg führen. In diesem Sinne!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Christoph Goller



3. Für die zukünftige Ausrichtung der Stadtbücherei möge der Rat folgende Schritte beschließen:

a.) Die Städtische Bücherei zieht in einem ersten Schritt möglichst schnell in zentrumsnahe Räume von geeigneter und zweckmäßiger Größe um. Sollten keine stadteigenen Räumlichkeiten in Frage kommen, sind ergebnisorientierte Verhandlungen mit Fremdanbietern zu führen. Die Ergebnisse sind dem begleitenden Fachausschuss SFK in seiner nächsten Sitzung am 6.5.2020 vorzustellen, der letztlich den Abschluss zu beschließen hat.

b.) Die Bücherei soll sich schrittweise über das derzeitige Angebot hinaus zum Medienhaus zeitgemäßer Ausrichtung mit dem Angebot Wissenserweiterung, Information, Unterhaltung, Bürgertreff, Lesehaus, Literaturpflege, Online Recherchen und medienorientierten Seminarangeboten für Jedermann (Auflistung beispielhaft) entwickeln.

Dabei muss ein später ggf. notwendiger zweiter Umzug in größere Räume in Betracht gezogen werden.

Die Räume sind barrierefrei mit hoher Aufenthaltsqualität und hohem Wohlfühlambiente einladend zu gestalten. Es ist eine Willkommenskultur zu schaffen.

c.) Der Mitarbeiter(innen)bestand ist umgehend entweder durch interne Umbesetzungen oder externe Bewerber(innen) aufzustocken. Dabei ist in erster Linie die fachliche Eignung zu beachten (z.B. Bibliotheksfachangestellte(r), Fachkraft "Medien- und Informationsdienste Schwerpunkt Bibliothek", oder vergleichbar). Ein entsprechender Ausschreibungstext wird in der nächsten Sitzung des SFK am 17.5.2020 vorgestellt und inhaltlich beraten.

d.) Mit steigender Mitarbeiter(innen)Anzahl sind vor allem kundendienst- und dienstleistungsorientierte Öffnungszeiten zu realisieren. Zur Unterstützung der hauptamtlichen Mitarbeiter(innen) ist die Gründung eines ehrenamtlichen Unterstützerkreises anzustoßen.

e.) Bei allen Entwicklungsschritten ist einerseits eine maßvolle Ausgabenpolitik zu beachten, die allerdings andererseits die Erreichung der Entwicklungsziele (siehe Punkt 2) nicht gefährden darf.

Begründung:

Die CDU sieht die städtische Bücherei als unabdingbares Angebot der Schul- und Kulturstadt Wipperfürth an. Wir bekennen uns dabei nicht nur zum Bestand, sondern möchten eine Entwicklung der Bücherei mit zeitgemäßen und dienstleistungsorientierten Angeboten gewährleisten.

Die Bücherei soll darüber hinaus zu einem Ort werden, den man aufgrund seiner Gestaltung gerne aufsucht und wo man sich wohl fühlt. Ein (Kultur) Treff für jedermann.

Gleichzeitig wollen wir die Möglichkeiten des Städtischen Haushaltes nicht überstrapaziert sehen, um eben durch maßvolle Ausgabenpolitik die Existenz der Bücherei zeitgemäßer Ausrichtung als freiwillige Leistung gesichert zu sehen.

Daher setzen wir uns für eine schrittweise Entwicklung mit Definierung von Entwicklungszielen ein. Stück für Stück wird das Angebot sinnvoll, zeitgemäß und kundenorientiert erweitert.